

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

14 (17.1.1925)



# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbmönatlich 1.— M. mit 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Sonntags 15 S. — Anzeigen: die einpaltige Spaltenzeile 20 S., auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

### Unsere Parole!

Von unserem Berliner SPD-Bureau wird geschrieben: Es dürfte in der ganzen Welt kaum ein Land mit einem parlamentarischen Regierungssystem geben, in dem die mit dem Parlamentarismus verbundenen geschriebenen und ungeschriebenen Rechte so verächtlich werden, wie in Deutschland. Bei uns zu Lande kennt man nur Toleranz, wenn sie dem Besitz gilt. Sie ist hinfällig, sobald die Arbeitnehmerschaft von ihr Vorteile haben könnte. Die Geschichte der letzten Wochen liefert dafür die besten Beweise. Am 7. Dezember hat sich die deutsche Bevölkerung für einen entscheidenden Linkskurs ausgesprochen. Die verfassungstreuen Parteien gewannen mehr als zwei Millionen Stimmen, während die Rechtsparteien, insgesamt genommen, eine verhältnismäßig beträchtliche Einbuße erlitten. Die Konsequenz dieses Wahlausganges wäre die Bildung einer Regierung auf republikanischer Basis gewesen. Was aber geschieht? Den Willen des Volkes beantwortet man mit der Bildung einer Rechtsregierung! Es muß festgestellt werden, daß diese Verächtlichmachung der Volksmeinung nur möglich werden konnte durch die Haltung der Zentrumspartei. Sie hat ihren Reichstanzler Marx geopfert, angeblich aus Gründen der Vernunft. Aber diese Vernunft war nicht vorhanden, als das Zentrum der Sozialdemokratie, und das ist das Gros der Arbeitnehmerschaft im Reich, Gelegenheit geben sollte, mit ihr gemeinsam die Verantwortung für die zukünftige Politik zu tragen. Dieses „Opfer“ brachte man lieber dem Besitz, selbst auf die Gefahr hin, daß die „bewährte Politik“ des Reichstanzlers Marx auf dem Spiele steht. 111 Deutschnationale waren dem Zentrum im Reiche lieber als 131 Sozialdemokraten und 31 Demokraten. Kein Zweifel: die jetzige Haltung des Zentrums steht im Gegensatz zu dem Willen der Arbeitnehmerschaft. Die Sozialdemokratie ist dagegen bereit, die volle Verantwortung zu tragen und nicht zuletzt deshalb rüft sie zur schärfsten Opposition gegen die in starkem Maße deutschnational beeinflussten und der Volksgemeinschaft nicht entsprechende Regierung.

Die Sorge des neuen Reichstanzlers um diese Opposition der Sozialdemokratie ist verständlich und wir möchten hinzufügen, auch berechtigt. Es hat gar keinen Zweck, wenn er bei uns um gut Wetter bitten läßt und zur Beherrschung der Arbeitnehmerschaft die Absicht hegt, gemeinsam mit dem Reichsarbeitsminister schon in den nächsten Tagen eine Verfügung über die Wiederholung des Achtstundentages in der Huttenindustrie zu erlassen. Diese Verfügung halten wir für eine Selbstverständlichkeit, und wir denken deshalb gar nicht daran, uns ihr zu Liebe in der beabsichtigten Opposition auch nur im geringsten zu beschränken. Alles Jureden, die wunderbare Verpöndung und das schönste Programm kann uns nicht reizen. Wir sind von vornherein überzeugt, daß die Programmklärung der Reichsregierung doch nur als ein Stück Papier zu betrachten ist und von den deutschnationalen Ministern auch als solches betrachtet wird. Die Vergangenheit der deutschnationalen Partei gibt uns zu dieser Auffassung allen Anlaß. Sie hat die Welt und unser Volk zu oft belogen, als daß man ihr und ihren Vertrauensleuten in der Regierung im In- und Auslande auch nur noch den geringsten Glauben schenken könnte. Erst am 20. August 1924 haben wir erfahren müssen, was von allen deutschnationalen Zusicherungen bzw. Verpöndungen zu halten ist, und was erleben wir jetzt? Die Verleumdung des Reichspräsidenten schämen sich nicht, sich von dem sorglos verführten Republikaner und Sozialdemokraten Ebert mit der Ministerwürde betrauen zu lassen. Sogar der „Eid“ auf die republikanische Verfassung, die sie bis auf den heutigen Tag bekämpft haben und die sie trotz aller Eide auch weiter bekämpfen werden, ist ihnen die Futtertröge wert.

Gegenüber diesen „ehrenhaften“ Männern „nationaler Couleur“ sollen wir eine abwartende Stellung einnehmen? Kein Gedanke daran! Unsere Stellungnahme ist gegeben durch die Zusammenlegung der Regierung. Sie ist für uns Programm genug, jedoch wir auf die panzerne Erklärung, die am Freitag abend um 6 Uhr im Reichstag feigen sollte, aber auf Montag verschoben wurde, gern verzichten. Oder ist eine Regierung, in der Soldlinge des Rattenau-Wortes sitzen, nicht Programm genug? Unser Bedarf an Zumutungen durch Herrn Dr. Luther ist jedenfalls gedeckt. Er wird von der Sozialdemokratie bald eine Antwort, vielleicht auch einen Denksatz erhalten. Der erste Ausdruck dieser Antwort dürfte ein begründetes Mißtrauensvotum sein, das die Fraktion am Montag einbringen wird.

### Sitzungsbericht des Reichstages

Berlin, 16. Jan. Bei Beginn der Sitzung um 6 1/4 Uhr gibt Präsident Loebe die Konstituierung der Ausschüsse bekannt und erklärt bei Eintritt in die Tagesordnung, daß der Reichstanzler mitgeteilt habe, daß keine Bemühungen, das Finanzministerium und einige andere Ministerien zu befreien, bislang

erachnislos geblieben seien und er darum bitte, die Regierungserklärung auf Montag abend 6 Uhr zu verschieben.

Abg. von Graef (M.) bezweifelt, daß überhaupt eine Regierung zustande gebracht wird. Die Dauerfrage habe deutlich bewiesen, daß die Weimarer Verfassung für das deutsche Volk nicht paßt. Da sollte Reichstanzler Dr. Luther doch dem Reichspräsidenten vorschlagen, über keine neue Regierung zu bilden, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen für eine Nationalversammlung, die eine neue Verfassung zu beschließen habe.

Abg. Stöcker (K.) beantragt, auch ohne eine Regierung ist die politische Aussprache einzutreten.

Der Antrag wird gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Zwei sozialdemokratische Anträge auf Einstellung der Strafverfahren gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Wendemann und Peters werden debattelos dem Geschäftsordnungs-ausschuß überwiesen.

Abg. Eichhorn (K.) beantragt hierauf einen Antrag auf sofortige Aufhebung der Personalabbauperordnung.

Die zur Personalabbauperordnung und zum Pensionsergänzungsgesetz vorliegenden Anträge werden dem Haushalts-ausschuß, ein Antrag auf Nachprüfung des Lichtspielgesetzes, dem Bildungsausschuß, ein Gesetzentwurf über die Einrichtung eines Schiedsamtes für Verzepte und Krankenfälle dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte verläßt sich das Haus um 7 Uhr auf Montag abend 6 Uhr zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Nach amtlichen Mitteilungen sind in Oberösterreich mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles von Oberösterreich nach Polen in menschenunwürdiger Weise untergebracht. Infolge Verdrängung gahlreicher Plantagen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon infolge der allgemein bestehenden Wohnungsnot die Zustände in oberösterreichischen Städten und Gemeinden unhaltbar, so wachsen sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer furchtbaren Katastrophe aus. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsseize zu beheben. Was gedenkt die Reichsregierung zur Beseitigung und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Antwortungsfrage folgende Interpellation eingebracht: Die Reichsregierung zu erlösen, schleunigst folgende Gesetzentwürfe vorzulegen:

1. einen Gesetzentwurf zur Besteuerung des Geldentwertungsmittelstands bei der Inanspruchnahme von Krediten während der Zeit der Geldentwertung (§ 24 der dritten Steuererweiterungsordnung);
  2. einen Gesetzentwurf zur Besteuerung der während der Zeit der Geldentwertung durch Ausgabe von Notgeld erzielten Gewinne. (§ 25 der dritten Steuererweiterungsordnung);
  3. einen Gesetzentwurf, durch den die in den §§ 33-36 der dritten Steuererweiterungsordnung den Ländern vorbehaltenen Steuern auf die infolge der Geldentwertung einschuldigten unbesetzten Grundstücke in eine Reichsteuer umgewandelt wird.
- Der Ertrag dieser Steuern soll zur Wiederaufnahme des sinkenden Restes der öffentlichen Anleihen Verwendung finden.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums wählte gestern ihren früheren Vorsitzenden Dr. Lehmann einstimmig wieder. Der Vorstand der Fraktion setzt sich genau so zusammen wie früher, nur daß der Abg. Jooz noch hinzugezogen ist.

Die demokratische Fraktion des Reichstages hat gestern beschlossen, eine Interpellation einzubringen, die hauptsächlich veranlaßt wurde durch die letzten Publikationen von diplomatischen Äußerungen durch Großadmiral von Tirpitz, in der es heißt: Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um die Veröffentlichung von amtlichen Äußerungen, Dokumenten und Dienstkorrespondenzen durch ehemalige Reichsbeamte und Offiziere zu verhindern. — Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Dokumentenveröffentlichung des Großadmirals von Tirpitz zum Gegenstand einer Interpellation gemacht.

### Wieder völlige Isolierung Deutschlands

Berlin, 17. Jan. (Eig. Kundendienst.) Der „Vorwärts“ stellt heute auf Grund der vorliegenden Auslandspressstimmen zur Bildung der Regierung Luther eine völlige Isolierung Deutschlands fest. Er schreibt: Obwohl das Volk-Wort mit Auslandsstimmen fort vernehmlicher umgeht, hat es diesmal „offenbar auf höheren Befehl“ keine Klätter-Blätter verbreitet. Diese fremdende Tatsache dürfen wir nicht verschweigen. Deutschland steht seit Freitag wieder völlig isoliert in der Welt da. Wir haben um so weniger Anlaß, uns darüber zu freuen, als es ja das deutsche Volk ist — und wie immer in solchen Fällen in erster Linie die Arbeitnehmerschaft, die die Besetzung einer verkehrten Politik zu bezahlen hat. Wir lehnen schon jetzt jede Verantwortung für das was sich außenpolitisch entwickelt wird, auf das entscheidende ab, und machen vor der ganzen Welt hierfür die Männer des neuen Bürgerbundes verantwortlich. Dem Ausland gegenüber sagen wir: Diese Regierung ist eine Verkörperung des deutschen Wahlergebnisses. Diese Regierung ist nicht Deutschland, sie ist nicht das deutsche Volk, das in seiner größten Mehrheit keine andere Sehnsucht hat, als Verständigung und Frieden.“ Auffällig ist, daß die demokratische Presse, ebenso wie die WTB, trotz ihres umfangreichen Nachrichtennetzes auf die Wiedergabe von Auslandspressstimmen verzichtet. Sie scheint ihre guten Beziehungen zur Wilhelmstr. nicht abzusehen zu wollen.

### Zur Vertagung der Regierungserklärung auf Montag

Infolge von Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die Besetzung wichtiger Ministerien melden die Blätter, daß Reichskanzler Dr. Luther die früheren sächsischen Finanzminister Reinhold das Reichsfinanzministerium angeboten habe. Die Vertagung Reinholds, der Demokrat ist, sei jedoch an dem Widerstand der demokratischen Fraktion gescheitert. — Das „Berliner Tageblatt“ will wissen, daß Dr. Luther nunmehr beabsichtigt, den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Popitz an die Spitze des Ministeriums zu stellen.

Von der an der Aussprache über die Regierungserklärung zu Worte kommenden Redner stehen vorläufig die Abg. Dr. Scholz (D. Rp.), Koch (D.) und von den Sozialdemokraten in der ersten Rednerreihe Breitscheid und in der zweiten Reihe Müller-Frankeln fest. Von den Deutschnationalen werden voraussichtlich die Abgeordneten Westarp und Bergt sprechen.

Berlin, 17. Jan. (Eigener Kundendienst.) Die Reichsregierung läßt die vollendete Reise, die in der Vertagung der Regierungserklärung auf Montag liegt, und insbesondere die Begründung dieser Vertagung, die innerhalb ihrer eigenen Reihen über die Programmformulierung herrscht, abtreten. Aber so einfach ist die Sache nicht, denn selbst ein so vorläufiges Blatt wie die „Germania“ spricht heute davon, neben persönlichen Schwierigkeiten auch sachliche Differenzen über den Wortlaut der Regierungserklärung die Verzögerung herbeigeführt haben. Das „Berliner Tageblatt“ spricht ebenfalls von den ersten Schwierigkeiten Luthers, die nicht nur in personeller Hinsicht, sondern auch vor allem in politischer Hinsicht vorliegen sollen. Die „Zeit“ dürfte wahrscheinlich auch sehr wohl wissen, warum sie über all die Dinge schweigt, die am Freitag im Reichstag als heftigste behauptet wurden, und von denen sicherlich auch ihre Redaktion erfahren haben dürfte. Immerhin, die Taktik zu schweigen ist besser als zu lägen und die Wahrheit abzuklappen. Die ganze Unsicherheit, in der sich die Regierung fühlt, ergibt sich aber am besten aus der Vertagung der Neuwahl des deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden. Der bisherige Vorsitzende Dr. Schiele ist bekanntlich zum Reichsstaatsminister ernannt worden, jedoch eine Neuwahl notwendig ist. Die Deutschnationalen stehen vor allem der Formulierung des Regierungsprogramms und der Abstimmung über die Billigungserklärung äußerst pessimistisch gegenüber. Sie wollen deshalb erst den Verlauf der nächsten Tage abwarten, weil man nicht ganz sicher ist, ob Herr Dr. Schiele nicht schon Mitte der nächsten Woche sein Amt an den Reichspräsidenten zurückgeben wird, weil sich seine politischen Auffassungen mit dem Standpunkt des Kabinetts in der Mehrzahl der wichtigsten Fragen nicht vertrügen. Was — ist das eine Plette!

### Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich

Verätschlichtete Aussichten  
Paris, 16. Jan. Ueber die Verhandlungen der deutsch-französischen Handelsvertragsdelegation wird mitgeteilt: Bei der heutigen Verhandlung haben sich die Aussichten für eine Einigung in den weiteren Handelsvertragsverhandlungen verschlechtert. Der deutsche Gegenvorschlag, der versucht hatte, sich dem letzten französischen Vorschlag zu nähern, erschien der französischen Delegation nicht diskutierbar. Sie erklärte, daß sie einer gegenseitigen Meißbegünstigung, wie es das Protokoll vom 10. Dezember vorgesehen habe, in weiterem Umfang nicht zubilligen könne, sondern eine unterschiedliche Zollbehandlung auch solcher deutschen Waren verlangen müsse, die für die deutsche Exportwirtschaft wesentlich seien. Diese völlig veränderte Lage veranlaßte den Staatssekretär Trendelenburg zu erklären, daß er zunächst mit der neu gebildeten Regierung in Berlin Fühlung nehmen müsse.

### Indeziffern

Berlin, 16. Jan. Die auf den 14. Januar berechnete Großindeziffer ist gegenüber dem Stande vom 7. Januar (1924) um 1,8 v. H. auf 138,9 gestiegen. Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten für den 14. Januar ist gegenüber der Vorwoche (128,8) mit 124,0 nahezu unverändert geblieben.

### Die Ursache des Herner Eisenbahnunglücks

Die von der Generaldirektion der Deutschen Reichsbahnen eingeleitete Untersuchung über die Ursache und die Schuldfrage des Herner Eisenbahnunglücks hat, wie die „B. Z. a. M.“ berichtet, ergeben, daß der Lokomotivführer des D.-Zuges das Haltesignal überfahren hat. Es ist festgestellt worden, daß außerordentlich dichter Nebel das Sehen des Signals erschwerete. Lokomotivführer und Heizer des D.-Zuges stellen in Abrede, daß die Signale auf Ball gestanden haben. Der Heizer behauptet, daß das Vorzeichen bestimmt auf freie Fahrt gestanden habe. Der Lokomotivführer gibt an, daß nicht nur das Vorzeichen, sondern auch das Dampfsignal dem Zug die Einfahrt in den Bahnhof freigegeben. Dem widerspricht jedoch der Befund der Signalanlagen.



# Diebstahl und Plünderung

## Einige zeitgemäße Erinnerungen

Der Reichstag hat am 9. Januar einstimmig beschlossen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der prüfen soll, inwieweit durch Kreditgewährung aus öffentlichen Mitteln oder sonstiger Vorleistung das Reichsinteresse geschädigt worden ist und welche Personen und amtlichen Stellen dafür verantwortlich sind. Die Sozialdemokratische Partei wird mit allem Ernst darauf dringen, daß diese Untersuchung schnell und gründlich durchgeführt wird. Es darf nichts beschönigt und vertuscht werden, mit rücksichtsloser Hand muß gegen alle vorgegangen werden, die sich eines Verstoßes gegen die Interessen der Allgemeinheit schuldig gemacht haben.

Zwischen unterhalten sich die rechtsstehenden und die kommunistischen Blätter darüber, wie schlimm es um die Zustände in der Republik bestellt sei. Diese Blätter wimmeln von verleumderischen Behauptungen und wenn man nicht die Mühe hat zu deutlich zu werden, aus der Varnat-Affäre einen politischen Skandal vor allem gegen die Sozialdemokratie zu inszenieren, so müßte man beinahe auf den Gedanken kommen, als ob im verfallenen Kaiserreich politische Moral und geschäftliche Tugendhaftigkeit Nationalheilighüter gewesen seien. Gewiß hat die Sozialdemokratische Partei keinen Anlaß, die Zustände in der deutschen Republik zu verherrlichen; sie ist ja erst noch eine rohe Form, behaftet mit allen Uebeln der kapitalistischen Wirtschaft und der Erblichkeit aus der Vergangenheit, sie wird geschmätzt und unterhöhlt von jenen Kräften, die von demokratischen und sozialen Rechten nichts wissen wollen: Die deutsche Arbeiterklasse hat die Pflicht, dieser Form erst einen sozialen und sozialistischen Inhalt zu geben.

Wie aber waren die Zustände im kaiserlichen Deutschland? Haben dessen Verteidiger das Recht, sich jetzt als die unbesleckte Unschuld auf den Markt zu stellen? Stimmt das, was der deutschnationale Abgeordnete Herr v. Freytag-Loringhoven in der „Deutschen Zeitung“ vom 13. Januar schreibt: „Am 136 Jahre seit dem Sturz des Königtums hatte man zurückgreifen müssen, um einen Korruptionsfall beizubringen?“ Nein, so weit brauchen wir nicht zurückzugreifen, um einen Stumpf von Korruption, von Staatsbetrug, von Geschäftspatriotismus, von politischer Käuflichkeit zu finden, wie er kaum je zum zweiten Male und in einem anderen Lande vorgekommen ist.

### Die Verkleidung der französischen Milliarden.

Es ist gerade ein halbes Jahrhundert her, daß Deutschland sich im Raummel der Gründerperiode befand. Der deutsch-französische Krieg war mit Ausnahme einer Schuld begonnen worden. Der Norddeutsche Bund hatte eine Kriegsanleihe zum Kurse von 88 Prozent im Betrage von 100 Millionen Talern aufgelegt. Die patriotische Berliner Börse zeichnete im ganzen 3 Millionen und der national-liberale Abgeordnete Lasfer erklärte das nachher im Reichstage damit, daß die Bankiers sich mit ihrem Geschäftskapital an einen so unsicheren Geschäft nicht hätten beteiligen können. Als die Franzosen geschlagen waren und eine hohe Kriegsentwicklungs in Aussicht stand, da war allerdings die Stimmung umgekehrt. Bismarck besaß seine Freunde, den jüdischen Bankier Reichsrodter und den orthodoxen Finanzspekulanten Graf Senkel von Donnersmarck nach Paris, um von ihnen die Leistungsfähigkeit Frankreichs abzuschätzen. Mit der Unterbringung der französischen Kassenkontributionen, die schließlich auf fünf Milliarden Franken festgesetzt waren, wurde der Finanzminister Combaudon beauftragt, der zu der Börse in guten Beziehungen stand. Es ergab sich nun ein Goldstrom über Deutschland, von dem allerdings das Volk keinen Segen hatte. Die Nutznießer waren die „Reichen“ Generale und Minister, die Börsenspekulanten und mit ihnen ein ganzes Heer von Postkassern aus den bürgerlichen Parteien. Binnen wenigen Jahren waren die Aktienbeträge verzehnfacht, das Reich wurde von jenen Patrioten ausgeplündert, die arbeitende Bevölkerung, die ihr Blut auf den französischen Schlachtfeldern vergossen hatte, wie eine Nitronen ausgegessen. Am Ende der Gründerperiode stand der Krieg und die wirtschaftliche Krise, Hunger und Elend wurden zu ständigen Gästen in den Arbeiterquartieren. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die Geschichte jener Zeit ausführlich darzustellen. Nur wenige Einzelheiten seien hier wiederzugeben.

### Die Geschichte des Nationalhelden Bismarck.

Herz muß natürlich der deutsche Nationalheld Bismarck genannt werden. Er hat seine Laufbahn als vermachteter Kammerpräsident begonnen und endete als Fürst und Großgrundbesitzer. Einer seiner besten Freunde war der Jude Reichsrodter, der das Vermögen des Fürsten Bismarck verwalte und ihn an seinen Spekulationen teil-

nehmen ließ. Bei einer der berühmten Gründungen, die der Preussische Zentralbodenkredit-Aktiengesellschaft, war Bismarck durch Reichsrodter beteiligt. Wieviel Reichsrodter umgekehrt an den französischen Milliarden verdient hat, ist leider nicht ermittelt worden. Das Gardekorps durfte natürlich das Haus des Bismarck'schen Familien den Verkehr mit ihm. Wie geschäftslüchsig Bismarck war, zeigte sich bei der Wertung der ihm aus dem herzoglichen Lauenburgischen Domänenvermögen geschenkten Güter bei Varnitz. Ein gewisser Behrendt, auch ein Jude, der in Berlin und Köslin Papierfabriken betriebe, arbeitete in Varnitz eine Holzstofffabrik und trat dadurch zu Bismarck in ein enges Geschäftsverhältnis, das die ihm die vorteilhafte Wertung seiner Güter ermöglichte. Aus dem Holzstoff der Varnitzer Wälder wurden in den Varnitzer Fabriken Papiere für die deutsche Reichspost, für die Telegraphie und für die Staatsbahnen zu Denschen, Couverts, Postkarten usw. angefertigt. Damals hat sich allerdings kein Staatsanwalt gefunden, der in diese Geschäftsverbindung hineingeleuchtet hätte.

Wie der Große, so die Kleineren. In wenige Tausend „verdienstvolle“ Generale und Staatsmänner wurden vier Millionen Taler an Dotationen vererbt. Die alte Summe wurde der beinahe eine Million Mann betragenden deutschen Armee bewilligt, aber nur als unrentierliches Darlehen für Reservisten und Landwehrmänner. Verhältnismäßig gering waren die Beträge, die offen verbleibend wurden; um so reichhaltigere Summen floßen durch dunkle Kanäle in jene Kreise ab, die man heute unter dem Sammelbegriff des „Schieberturns“ zusammenfaßt.

### Die Vorläufer der Schieber, von heute.

Freilich waren die Schieber der 70er Jahre von ganz anderem Format als ihre Nachfahren aus der Inflationsperiode. Das Gründungsweien, die Umwandlung industrieller Unternehmungen in Aktiengesellschaften, der Bau von Eisenbahnen, die Errichtung von Versicherungs- und Hypothekengesellschaften hatte schon Ende der 60er Jahre begonnen. Die Kontrolle dabei übte die Diskontogesellschaft, die von Wolf Sanje mann geleitet wurde. Zu den Geschäftsteilhabern der Diskontobank gehörten eine große Anzahl politisch einflussreicher Leute. Ihr wichtigstes Werkzeug war Herr Maquet, der spätere preussische Finanzminister. Geschäft und Politik waren bei ihm innig miteinander verbunden. In dem ersten Jahresbericht der von der Diskontogesellschaft gegründeten schweizerischen Gotthardbahn wird erwähnt, daß Sanje mann's Stellvertreter, Reichstagsabgeordneter Miquel in Berlin sei. Auch in den Verwaltungsräten anderer Gründungen saßen viele Leute von politischem Einfluß. Wir lesen folgende Namen: Minister a. D. v. Vernuth, von Weismann Solloga, Graf Vochoła, v. Herden-Carloto, v. Kardorff, v. Wehll-Matthow, v. Nathusius-Sundsbura, Geh. Finanzrat Wille. Diese Leute mußten ihren politischen Einfluß, sei es als Abgeordnete, sei es als Ratgeber der Regierung, dazu aus, um die Geschäfte der Diskontogesellschaft zu fördern. Sie erhielten dafür kleinsten Lohn, entweder in bar durch große Anteile oder in Beteiligungen an den ununterbrochen sich folgendem Gründungen.

Zu den bekanntesten Gründern gehörte weiter die Berliner Bankfirma Leo Delbrück u. Cie., die einen amtierenden Minister gleichen Namens zum Leiter hatte. Delbrück's größte Leistung war die Gründung der Deutschen Bank, an der die Abgeordneten Bamberg, Müller, v. Magnus, v. d. Sendt, v. Rath, Sordt und Wendelschlag beteiligt waren. Ferner ist zu nennen der Graf Senkel v. Donnersmarck, der für seine Gründungen vor allem seine arischen Standesgenossen gewann. Bei den Verwaltungsräten der Handelsgesellschaften finden wir vornehmlich den Heubaldel: Graf Eberhard Stobert, Graf von Solms-Baruth, Graf Meist-Rudow, Graf Schaffgotsch, Herzog v. Meiß, Fürst Rulow, Graf Waldmar, General v. Derenthal, Graf Lehndorff-Steinert, kaiserlicher Direktor Gellina, General Fürst zu Sodenlohe. An der Lebensversicherungsgesellschaft Friedrich Wilhelm waren beteiligt Serrao v. Raitbor, Prinz Karl zu Sodenlohe, Graf Malchow-Mielitzsch, Graf Schulenburg-Niebuhr, Graf Johannes Renard, Graf Rourtelles, v. Wallenberg-Rachall. Daneben finden sich in den Verwaltungsräten die bekanntesten Namen aus den Parlamenten. Einflußreiche Beamte gerieten in die Abhängigkeit von Gründern und Bankhäusern, von denen sie erst inoffiziell beteiligt und später ganz übernommen wurden. So erklärt es sich, daß die Spekulation nicht nur rechtmäßig über alle Abfichten der Regierung unterrichtet war, sondern daß sie dazu noch ihren unachbaren Einfluß auf die Regierungsverhandlungen ausüben konnten.

## Barmatstandal u. Kommunistenlumperei

Mit nicht mehr zu überbietender Niedertraut sucht die kommunistische Presse, dabei natürlich auch die Mannheimer „Arbeiterzeitung“, den Barmatstandal gegen die Sozialdemokratie auszunutzen, obwohl bis jetzt kein gewichtiges Moment zutage getreten ist, das dazu berechtigen könnte. So läßt sich die „Arbeiterzeitung“ in ihrer vorerzogen Nummer aus Berlin folgendes berichten:

„Im Anschluß an die Benachrichtigung des Reichstages kam gestern der Untersuchungsausschuss für den Fall Barmat zusammen. Genosse Rosenbergs verlangte, daß das Zentrum oder die Sozialdemokraten nicht den Vorsitzenden stellen, da beide Parteien in den Fall Barmat verwickelt seien. Trotzdem wurde der Sozialdemokrat Soe nger zum Vorsitzenden gewählt, der die Stimme aller bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten erhielt. Derselbe Barmateinheitsfront beschloß dann sofort die Vertagung der Sitzungen. Die Angeklagten sollen also hier ihre eigenen Mäster werden, nur damit ja nichts von den Schweinereien laut wird, an denen anscheinend alle Parteien dieser Barmatfront beteiligt sind, wird alles „retikuliert“ behandelt werden. Die Barmatformation wird nur ein proletarischer Untersuchungsausschuss wirklich aufdecken.“

Daß die Kommunisten aber alle Veranlassung hätten,

das Verleumderhandwerk nicht gar zu laut wieseln zu lassen, geht aus folgendem hervor:

Der Rechtsbestand der Gebrüder Barmat verbreitet auf Grund der Angriffe gegen die Reichsbank eine Rechtfertigung, in der u. a. auch folgendes zu lesen ist:

„Die kommunistische Presse hat Julius Barmat in der heftigsten Weise angegriffen, auch in den Parlamenten sind dieselben Angriffe von kommunistischen Abgeordneten gegen ihn gerichtet worden.“

Es ist demgegenüber festzustellen, daß der Vorstehende der kommunistischen Fraktion, Abg. Roenen, im Jahre 1920 als Mitglied der deutschen Delegation während des Transportarbeiterstreiks in Holland in Amsterdam bei Julius Barmat vorgeschrieben und ihm um Ausnutzung seiner Beziehungen zum Transport von Lebensmitteln nach Deutschland gebeten hat. Bei dieser Gelegenheit hat er ein persönliches Darlehen von Julius Barmat erhalten. Von diesem Darlehen ist erst die Hälfte zurückgezahlt worden. Frau Roenen hat Herrn Barmat wiederholt und dringend gebittet, über diese Angelegenheit Schweigen zu bewahren, da ihr Mann die größten Unannehmlichkeiten davon haben könnte. Herr Barmat hat bis heute über diese Dinge geschwiegen, angesichts der ungeheuerlichen Angriffe auf ihn muß er aber aus seiner Reserve heraustreten.“

Ein landwirtschaftliches Kredit-Institut, dessen Leitung in deutschlandischen bzw. deutsch-jüdischen Händen liegt, hat von

der preussischen Zentralgenossenschaftskasse einen Kredit von über 140 Millionen zur Verwendung für die landwirtschaftlichen Genossenschaften erhalten, zumal die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse nur berechtigt ist, zu diesem Zweck Kredite zu gewähren, und das in der Regel von Herrn Barmat und seinen Kreditgeschäften abgerufen ist.

Die Behauptung, daß die Barmats Mittel an das Reichsbanner-Schwarz-Red-Geht gegeben und von dem Ereignis seiner Lebensmittelschiffe Nutzen an die sozialdemokratische Parteikasse abgeführt hätten, und daß dies die Bedingungen für die Gewährung der Darlehen gewesen wären, ist unrichtig.“

Diese Darstellung zeigt, wie verlogen das Manöver der kommunistischen und deutsch-nationalen Presse ist. Vielleicht äußert sich jetzt Herr Roenen zu dem persönlichen Darlehen bei Julius Barmat. Wir dürfen feststellen, daß einem Sozialdemokraten nicht nachgesagt werden kann, daß er auch nur ein Darlehen erhalten hat, geschweige denn bis heute nicht zurückgezahlt zu haben. Die Frechheit der „Arbeiterzeitung“ und ihre Verleumdungen werden durch die neuesten Feststellungen der Barmats jetzt erst in das richtige Licht gestellt.

In der Rechtfertigung der Verteidiger der Barmats wird auch darauf verwiesen, daß Barmat vom Reichspräsidenten anlässlich eines Besuchs im Jahre 1919 persönlich eine Anwartschaft mit dem Bild Eberts erhalten hat. Diese Karte war eigenhändig vom Reichspräsidenten unterschrieben. Damit ist also auch von den angeblichen Besitzern des Ebert-Bildes festgestellt, daß sie nie ein Bild, sondern nur eine Anwartschaft von Ebert besessen haben, die jeder Besucher im Saale des Reichspräsidenten von Ebert erhalten dürfte, wenn er Wert darauf legt. Das gleiche gilt auch von der eigenhändigen Unterschrift. Nur Lumpen können das nicht verhehlen!

## Der Danzig-polnische Konflikt

Im Konflikt zwischen Polen und Danzig ist durch das Eingreifen des vom Völkerbund eingesetzten Oberkommissars eine Wendung eingetreten. Der Gegenstand des Konfliktes ist kurz folgender: Die Polen haben das Recht einer eigenen Postverwaltung im Hafen von Danzig. Sie haben sich daraufhin ohne weiteres das Recht an, im ganzen Stadtgebiet von Danzig polnische Briefkästen anzubringen. Diese Briefkästen sind schon in der ersten Nacht demoliert worden. Polen richtete eine scharfe und drohende Protestnote an den Danziger Senat. In diesen Streit hat nun der Oberkommissar eingegriffen und dem polnischen Generalkommissar in Danzig nahegelegt, die dort inzwischen wieder aufzuhängenden polnischen Postkästen innerhalb des Freistaates zu besitzeln. Der polnische Kommissar hat das abgelehnt. Der Oberkommissar hat darauf seinen Wunsch ohne Erfolg nochmals dringend wiederholt. Dem polnischen Generalkommissar wurde deshalb erklärt, daß der Völkerbundsvorsteher dann den Senat der Stadt Danzig ermächtigen werde, die polnischen Postkästen zu entfernen. In Polen ist man darüber aufs äußerste erregt. Die polnische Regierung droht, daß sie bei der gewaltsamen Entfernung der Postkästen ihrerseits Gewalt anwenden werde.

Weshalb, 15. Jan. Die Lage in dem Danzig-polnischen Konflikt hat sich in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich geändert. Nach der gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Sitzung des polnischen Komitees, des Ministerpräsidenten, des Reichspräsidenten, des Reichspräsidenten, Minister Thauant, neuerdings eine Mitteilung an die Presse, worin es heißt, daß Polen so lange als möglich sich jeglichen bewaffneten Vorstößen enthalten solle. Es händeln, in der Regierung vorläufig noch eine ganze Reihe von Streikmaßnahmen zu Gebote. Die bisherigen Verträge und Abkommen schmälerten den polnischen Besitzstand in Danzig Schritt für Schritt, und das Meer entferne sich immer mehr von Polen. Dagegen siebt Danzig aus der Verbindung mit Polen große Vorteile. Es sei unbedingt notwendig, das ganze gegenseitige Verhältnis einer sorgfältigen Revision zu unterziehen. Die heutige Morgenpresse führt ebenso wie die gestrige, mit Ausnahme des sozialdemokratischen Blattes, welches sich indifferent verhält, eine erregte und drohende Sprache. Die Barmats finden ihre Erfahrungen mit Ausfällen gegen den Völkerbundskommissar Mac Donell, dessen Abberufung verlangt wird.

## Aus dem kommunistischen Paradies

Die Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ruhtlands hat aus absolut sicherer Quelle die Nachricht über eine neue furchtbare Gefängnisverdrängung in Rußland erhalten. In dem alten Koffer in Sudaal, in dem gegenwärtig zahlreiche politische Gefangene, fast ausschließlich Sozialisten, interniert sind, ist Ende Dezember ein Hungerstreik ausgebrochen. Welche Vorgänge zu dem Hungerstreik geführt haben, ist nicht genau bekannt. Man weiß nur, daß die Regierung der Gefangenen, die schwerkranken unterirdischen Gefangenen aus einem Spital zu überführen, eine der Hauptursachen des Hungerstreiks bildete. Der Hungerstreik, an dem 80 Personen teilnahmen, währte bereits zwei Wochen. Von den Gefangenen sind viele bereits ernstlich erkrankt.

## Der Dank des Reichspräsidenten an Marx

Berlin, 16. Jan. Der Reichspräsident hat an den aus dem Amte scheidenden Reichskanzler Marx nachstehendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Reichskanzler! Mit aufrichtigem Bedauern habe ich in Genehmigung Ihres Abschiedsgedächtnisses mit dem heutigenden Geschehen von dem Amt des Reichskanzlers entbunden. Das Jahr, während dessen Sie die Regierung des Reiches geleitet haben, war eine Zeit erster wirtschaftlicher und politischer Krisen und harter bürgerlicher Arbeit. Aber diese Arbeit war nicht übergeblieben. Sie brachte unserem Volke auf seinem Lebenswege zum 1. Male Befreiung und Erfolg auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet. Wie ich Ihnen schon am Reichstagsabend zum Ausdruck bringen konnte, haben Sie, Herr Reichskanzler, reichlich Anteil an den erreichten Fortschritten. Mit ruhiger und fester Hand, geküßt auf reiche politische Erfahrungen und unter Einsehen Ihrer ganzen lautereren Persönlichkeit haben Sie die Geschäfte des Reiches so geführt, daß Sie sich Anspruch auf den Dank des gesamten deutschen Volkes erworben. Ich weiß, daß Ihre schlichte Lebensart jede äußere Verherrlichung und Dankbeweise ablehnt und sich mit dem Gefühl gefügt hat für das Vaterland getanen Pflichten bedient. Es ist mir aber dennoch ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen namens des Reiches für Alles zu danken, was Sie in dieser Zeit geleistet und erreicht haben, und Sie zu bitten, stets meiner herzlichsten Wünsche verichert zu sein. Mit dem Ausdruck meiner ausgeprägten Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener (gez.) Ebert.



### Ein Nachspiel zur Münchener Revolution

München, 15. Jan. (Eig. Bericht.) Am Donnerstag spielte sich vor dem Amtsgericht München ein Revolutionsprozess ab, der interessante Rückblicke in die bewegten Stunden des 7. November 1918 gewährt, als in München die Revolution in Gang kam. Vor längerer Zeit schrieb das Trausener Bauernblatt, daß der damalige Kriegsminister von Hellingrath, als ihm die Kunde von der Revolutionsdemonstration auf der Oktoberwiese überbracht wurde, gesagt haben soll: „Revolution, um Gotteswillen, und ich hier noch in Uniform!“ Von Hellingrath sah in dieser Veröffentlichung einen Vorwurf der Freigabe und Lagie gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes wegen Verrats. In der heutigen Verhandlung hat er einen großen Apparat von Zeugen auf, bestehend aus ehemaligen Offizieren des kaiserlichen Kriegsministeriums. Diese behaupteten alle, daß ihr Chef einen solchen Ausdruck in ihrer Gegenwart niemals gebraucht habe. Oberst v. Krefz sagte u. a. aus, daß sich von Hellingrath damals ein Zivilanzug in das Kriegsministerium bringen ließ. Das Bestreben, nicht erkannt zu werden, könne man ihm aber nicht zum Vorwurf machen. Vom Kriegsministerium aus begab sich der Minister in Zivil nach Hause, legte dort die Uniform an und fuhr dann nach Weising, um von dort aus eine Gegenaktion gegen die Revolution in Gang zu bringen. Das war allerdings vergeblich, da keine Truppen zur Verteidigung sich zur Verfügung stellten. Nach den Zeugen des Klägers trat als einziger Zeuge des Beklagten der ehemalige Abgeordnete des Bauernbundes Andorfer, der in der Revolution eine besondere Rolle spielte, auf und erklärte unter Eid, daß Hellingrath diese Bemerkung allerdings nicht im Kriegsministerium gemacht habe, sondern in einem Saal des kaiserlichen Landtages, in dem außer ihm noch der damalige Ministerpräsident Brandl anwesend war. Hellingrath machte auf Brandl den Eindruck, daß er sehr bedrückt war und sich fürchtete. Diese Aussage übertrug das Gericht außerordentlich. Auf Antrag des Beklagten wurde die Verhandlung zur Ladung des Zeugen Brandl ausgesetzt, der heute Präsident des Landesfinanzamtes in Würzburg ist.

### Bevorstehende Anerkennung der Sowjetregierung durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika

Washington, 15. Jan. (Eigener Bericht.) Die Vereinigten Staaten erwägen ernsthaft die Anerkennung Sowjetrußlands und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Ueber die grundsätzliche Seite dieser Frage besteht Übereinstimmung zwischen Coolidge und der maßgebenden Persönlichkeit des Senats, dem Senator Borah. Es wird ein vorläufiger Ausschuss eingesetzt werden, der den Gegenstand prüft. Die Vereinigten Staaten machen die Annäherung an Rußland jedoch davon abhängig, daß die Sowjetregierung die Schulden der Kerenki-Regierung an Amerika in Höhe von mehr als einer Milliarde Goldmark und die Anerkennung der privaten amerikanischen Forderungen in Höhe von 3 1/2 Milliarden Goldmark anerkennt. Außerdem soll sich die Sowjetregierung verpflichten, sich jeder Propaganda in den Vereinigten Staaten zu enthalten. Falls sie diese Bedingungen anerkennen, dürfte dem ersten Schritt, der Anerkennung der Sowjetregierung, nichts mehr im Wege stehen. In den dann folgenden Verhandlungen sollen die Modalitäten für die Wiederherstellung normaler Beziehungen nach den Richtlinien, die der Ausschuss aufstellen hat, festgelegt werden.

### Die Einfuhr von Schlachtvieh und Gefrierfleisch

In der letzten Zeit macht sich eine immer stärker werdende Bewegung gegen die Einfuhr von fremdländischem Schlachtvieh und Gefrierfleisch geltend. Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstagen Landtag bereits einen Antrag eingebracht, der Maßregeln fordert, wodurch die Einfuhr von fremdländischem Schlachtvieh und Gefrierfleisch so geregelt wird, daß die deutsche Vieherzeugung wirtschaftlich möglichst bleibt. Es ist nun bezeichnend, daß sich die Antragsteller darüber aussprechen, was für Maßregeln nach ihrer Auffassung in Frage kommen können. Die Arbeiterpartei, für die die jetzigen Fleischpreise bereits unerträglich hoch sind, tut gut daran, sich frühzeitig gegen eine neue Fleischverwertung zur Wehr zu setzen.

Wie liegen die Dinge in der Fleischversorgung? Die Landwirtschaft klagt über zu niedrige Viehpreise. Nach der Auffassung der maßgebenden Stellen im Reichsernährungsministerium ist in diesen Klagen Wahres und Falsches gemischt. Der Schweinepreis ist gut; er liegt zwischen 40 und 80 Prozent über dem Vorkriegsstand. Der Preis für Rindvieh steht etwas unter dem der Vorkriegszeit. Die Kosten in der Viehproduktion sind zweifellos noch immer beträchtlich. Sind also die Gewinne auch nicht übermäßig groß, so braucht man doch auch die Klagen der Landwirtschaft nicht allzu rasch zu nehmen.

Mit Fleisch- und Viehpreisen, die den inländischen Viehpreis weiter in die Höhe treiben, kann jedenfalls für die Hebung der deutschen Viehproduktion gar nichts erreicht werden. Was die deutsche Viehproduktion braucht, sind billige Futtermittel. Deutschland darf in erster Linie nicht Fleisch und Vieh, sondern billige Futtermittel einführen, um durch deutsche Arbeiterschaft die Herdanzucht in Fleisch vorzunehmen. Das war früher schon in Deutschland notwendig und ist es erst recht bei der jetzigen Finanzlage. Freilich kann die russische Futtermittel, die bis in der Vorkriegszeit pro Jahr im Wert von 300 Goldmillionen eingeführt haben, heute nicht so ohne weiteres ersetzt werden, und der Mais bietet, weil in erster Linie die Schweinemast in Frage kommt, auch keinen rechten Ersatz. Lediglich verbleibt sich irgend eine neue Maiserzeugung wie in den Jahren 1921/22 schon aus finanziellen Gründen. Es bleibt nichts anderes übrig als durch Zurückweisung aller Ackeranbauverordnungen dafür zu sorgen, daß die Einfuhr der Futtermittel für die Fleischproduktion freibleibe, und dann muß die Landwirtschaft ansehnlich werden, endlich mit mehr Energie die vom Reichsernährungsministerium gewiesenen Wege zur Steigerung der allgemeinen inländischen Getreideproduktion (Getreidebewegung, neue Bewässerungsmethoden, Futtermittel u. dergl.) zu beschreiten.

Die mit der Steigerung verbundene Verbilligung der inländischen Futtermittel wird die Viehwirtschaft für den Einfuhr der ausländischen Futtermittel wenigstens einigermaßen entschädigen.

Muß der Konsument gegenwärtig die hohen Fleischpreise ertragen und kann der Viehzüchter bei seiner Arbeit keine nennenswerten Gewinne einheimen, dann ist es nur eine selbstverständliche Forderung, daß sich Viehhandel und Fleischergewerbe am

Vieh- und Fleischpreis nicht bereichern. 14 Monate lang wurde die Fleischpreisfrage im Reichsernährungsministerium geprüft — ohne Resultat. Damit kann aber die Sache nicht abgetan sein. Die Händler erklären, wenn das Reich uns die Konjunkturgewinne nimmt, dann muß es auch für die Verluste der schlechtesten Zeit aufkommen. Der Fleischverband fordert eine Fleisch-enquete. Im Reichsernährungsministerium will man davon nichts wissen, weil schon die Enquete von 1912 nichts anderes als die Verneinung der Reichslagsbittelscheit um zwei bis vier Bände gebracht habe. Es muß möglich sein, in die Kalkulationsmethoden sowohl der Fleischer wie der Händler hineinzusehen. Von den Fleischern hat das Ministerium jetzt Unterlagen eingefordert. Aus scheint, daß es zum großen Teil am energischen und am schnellen Griff des Ministeriums aus der Kalkulationsunterlagen fehlt, wenn bis jetzt bei all den Untersuchungen nicht viel herausgekommen ist.

### Aus dem Freistaat Baden Aus dem badischen Landtag

Der badische Landtag, der, wie gemeldet, am kommenden Dienstag wieder zusammentritt, wird sich in dieser und den folgenden Sitzungen mit den Gesetzentwürfen über die Regelung des Staatshaushaltes von 1924/25, über die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen, über die Beteiligung an Kollisionsgesellschaften in Baden, mit der Denkschrift des Ministeriums des Innern über die Entwicklung der badischen Kraftwerksgesellschaft und mit einer Reihe von Anträgen und förmlichen Anfragen befassen.

Am Landtag ist ein Antrag der Deutschen Volkspartei über die Verläufe von Rauhholz an Sandwerfer und von Brennholz an Verbraucher aus staatlichen Forsten eingegangen und ein Antrag, unterzeichnet von Abgeordneten des Landtages und der Demokraten über die Kreditgewährung an die badische Landwirtschaft. Von der Fraktion der Deutschnationalen Partei ist eine förmliche Anfrage eingegangen, die das Verbot der Verbreitung des „Karlshäuser Volksblattes“ im Bezirk Breiten zum Gegenstand hat.

Eine größere Anzahl von Abgeordneten der Zentrumsfraktion hat im Landtag einen Antrag auf Erlass eines Gesetzes eingebracht über die Abänderung des Gesetzes vom 20. Juli 1924 über die Organisation des Landes Baden für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen, an Einlassgenossenschaften des Handwerks und Handels, sowie an Verbrauchergenossenschaften.

### Sherabhebung der Landessteuern in Baden

Vom badischen Staatsministerium ist dem Landtag lobend ein Gesetzentwurf über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1924/25 zugegangen. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß für das Rechnungsjahr 1924 vom Grundbesitz und vom Gewerbebetrieb nur sieben Abstel erhoben werden.

Dem Gesetzentwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben, aus dem hervorgeht, daß auf Ende März 1925 die badischen Finanzen mit einem Restbetrag von 6 284 546 RM. abschließen dürften. Dieser Ueberschuß werde sich allerdings noch um den nach dem Finanzgesetz vom 9. August 1924 verbleibenden ungedeckten Fehlbetrag vermindern, und zwar auf 4 422 896 RM. In dieser Höhe sei eine Herabsetzung der Landessteuern auf alle Fälle möglich und vertretbar. In Betracht komme nach Lage der Verhältnisse nur die Grund- und Gewerbesteuer; eine Senkung der Gebäudesteuer könnte aus verschiedenen Gründen nicht in Frage kommen. In der Begründung wird weiter hervorgehoben, daß der Gesetzentwurf die Steuererleichterungen dadurch erweitern wolle, daß allgemein ein Teil der 1924er Grund- und Gewerbe Steuern umhergehle. Vorgeschlagen wird der Verzicht auf etwa die Hälfte einer Vierteljahressrate von 5 Millionen RM. Das bedeutet eine Ermäßigung der Steuer um ein Viertel des Jahresbetrages. Lediglich am einfachsten wird dieser Zweck durch eine Anordnung erreicht, daß von der letzten auf 15. Februar 1925 zahlbaren Vierteljahressrate nur die Hälfte zu gehen und etwa, wie vielfach verlangt wird, die ganze letzte Vierteljahressrate zu erlassen, könne die Regierung nicht verantworten, da die Deckung des auf Ende März 1925 verbleibenden Fehlbetrages von etwa 2 Millionen RM. (2 155 500 RM.), wie die ganze Finanzwirtschaft des Rechnungsjahres 1925 noch durchaus ungesünder ist.

### Vorbereitungen für einen Flugdienst in Baden

Im Ministerium des Innern fand am Mittwoch mit dem Oberbürgermeistern der beteiligten größeren Städte des Landes eine Aussprache über die zur Zeit angefallenen Erwägungen zur Einrichtung eines Passagierflugdienstes in Baden und über den Anschluß des Landes Baden an die internationalen Fluglinien. Der Minister des Innern Kemele teilte mit, daß die Regierung beim Landtag Mittel anfordern wolle, damit sich Baden an einer Süddeutschen Fluggesellschaft beteiligen kann, an der die Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden interessiert sind. Durch den Umstand, daß in Karlsruhe und in Mannheim gleichzeitig zwei völlig voneinander unabhängige Fluggesellschaften gegründet wurden, ist das vom Ministerium des Innern angestrebte Ziel etwas verzerrt und nach den Darlegungen der Oberbürgermeister in der Aussprache ist an eine Vereinigung der in Karlsruhe und Mannheim vertretenen Interessenten vorläufig nicht zu denken.

Der Minister des Innern vertrat infolgedessen die Meinung, daß sich Baden zunächst für die Aufrichtung eines Verbandes der süddeutschen Länder interessiert. Zu diesem Zweck soll eine Reichssubvention für die Durchgangslinien angestrebt werden. Die von der Regierung verfolgten Ziele auf diesem Gebiete werden den Städteverwaltungen, der Industrie, dem Handel und den Flugverbänden zur Kenntnis gebracht, wobei voraussichtlich die Gründung eines Landesverbandes vorgezogen wird, dessen Aufgabe es sein soll, zunächst jene Pläne zu fördern, deren Helfen aufzurichten, die einigermassen eine Frequenz verprechen. Ueber die Frage, ob darüber hinaus ein interner Luftverkehr unter Landungsanschlüssen möglich ist, wird großer Städte des Landes aufgerichtet werden kann, wird zunächst ein sachverständiges Gutachten eingeholt. Je nach dem Ausfall desselben soll dann auch diese Aufgabe dem Landesverband übertragen werden.

### Aus der Partei

#### Bekanntmachung des Parteifretariats Karlsruhe

Wilderdingen, Amt Forstheim: Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Vortrag des Gen. Er b. Karlsruhe im Rathaus. Thema: „Entwicklung oder Schöpfung“. Hierzu sind nicht nur alle Genossen und Genossinnen, sondern alle diejenigen, die Interesse für den Vortrag haben, eingeladen.

Gengenbach, Amt Offenburg: Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Vortrag des Landtagsabg. Gen. We i s m a n n-Karlsruhe. Thema: „Die neue Rechtsregierung, der Ebertprozess und die deutsche Sozialdemokratie nach dem 7. Dezember“. Auch hierzu haben alle Interessenten, alle Freunde und Anhänger Zutritt, ganz besonders aber wird zahlreicher Besuch durch unsere Genossen und Genossinnen erwartet.

Berghausen: Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Rathaus Vortrag des Gen. Pfarrer K a p p e s-Karlsruhe. Thema: „Der Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und Friede im Sozialismus“. Auch hierzu sind alle Genossen und Genossinnen, alle Anhänger und Freunde unserer Bewegung, alle Interessenten eingeladen.

Kleinheubach: Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im „Wald“ Vortrag des Schulinspektors Gen. K e i n m u t-Karlsruhe. Thema: „Die ersterischen Aufgaben der Schule“. Hierzu sind alle Genossen und Genossinnen und alle Volksfreunde eingeladen.

Wühlbach, A. Breiten: Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen T r i n t s. Thema: „Geschichtliches aus der Arbeiterbewegung“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Neuhardt, A. Bruchsal: Samstag, 17. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung unserer Parteianhänger in der „Krone“, mit Vortrag des Gen.-Sekr. Gen. F r e y-Karlsruhe. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Weiber, Amt Bruchsal: Sonntag, den 18. Januar, mittags 3 Uhr, im „Sitz“ Gründungsversammlung mit Vortrag des Gen. T r i n t s.

Hohenmetersbach: Sonntag, den 18. Januar, mittags 3 Uhr, in der „Kanne“ Versammlung aller Anhänger und Freunde unserer Bewegung mit Vortrag des Gen.-Sekr. Gen. K l u g e-Karlsruhe über „Das Elend der Regierungsbildung“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch zu werden.

Saagsfeld: Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Rathaus 2. Vortrag des Regierungsrats Gen. Dietrich-Karlsruhe über „Sozialpolitik“. Alle diejenigen, die Interesse für den Vortrag haben, sind hierzu eingeladen.

Gröningen: Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im „Döber“ Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe über „Natürliche Grundlagen des Sozialismus“. Auch hierzu sind alle sich für den Vortrag Interessierenden, alle Freunde und Anhänger unserer Sache eingeladen.

Kanzenheim, A. Ettlingen: Donnerstag, den 22. Jan., abends 8 Uhr, im Rathausaal Vortrag des Schulinspektors Gen. K e i n m u t-Karlsruhe. Thema: „Sozialistischer Idealismus“. Alle sich für den Vortrag Interessierenden sind willkommen.

Ettlingen: Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, in der „Krone“ Vortrag des Pfarrers Gen. K a p p e s-Karlsruhe. Thema: „Der Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und Friede im Sozialismus“. Hierzu sind alle unsere Freunde und Anhänger alle sich für den Vortrag Interessierenden, alle Genossen und Genossinnen eingeladen.

Baden-Baden: Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, in der „Brauerei Bieker“ Mitgliederversammlung mit Vortrag der Stadträtin Genossin W i l l e-Karlsruhe über „Die Aufgaben der Arbeiterbewegung in der Arbeiterpartei“. Zahlreicher Besuch, namentlich auch von Seiten der Genossinnen wird erwartet.

Söllingen: Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Rathausaal Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe. Thema: „Die Entstehung der Welt und des Lebens“. Hierzu sind alle sich für den Vortrag Interessierenden Zutritt.

Offenburg: Samstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im „Mündinger“ Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe. Thema: „Ist die Sozialdemokratie religionsfeindlich?“ Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch aus allen Kreisen der sich für den Vortrag Interessierenden zu werden.

Altenheim, A. Offenburg: Samstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung aller Parteianhänger mit Vortrag des Gen. T r i n t s-Karlsruhe. Alle Freunde und Anhänger unserer Sache werden erwartet.

Söbden, A. Rastatt: Sonntag, den 25. Januar, mittags 3 Uhr, im „Anker“ öffentlicher Vortrag des Schulinspektors Gen. K e i n m u t-Karlsruhe. Thema: „Christentum, Religion und Sozialismus“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch zu werden.

Marlen, A. Offenburg: Sonntag, den 25. Januar, vorm. 10 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen T r i n t s. Es wird erwartet, daß alle Genossen anwesend sind.

Muenheim, A. Kehl: Sonntag, den 25. Januar, mittags 3 Uhr, in der „Keinen Kinderstube“ Vortrag des Parteifretariats Gen. T r i n t s. Thema: „Der Bauernkrieg“. Hierzu werden alle Genossen und Genossinnen erwartet, alle Freunde und Anhänger unserer Sache und alle sich für den Vortrag Interessierenden sind eingeladen.

Egerweier, A. Offenburg: Sonntag, den 25. Januar, in der „Brauerei Ambruster“ zwei Vortragsabende des Gen. K a d n e r-Karlsruhe und zwar: mittags 3 Uhr Märchen-vortrag für Kinder; abends 8 Uhr Vortrag über „Bau und Vertichtung des menschlichen Körpers“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch dieser Vorträge zu werden.

Albern: Sonntag, den 25. Januar, vorm. 10 Uhr, Hotel „Alter Bahnhof“ Unterbezirkskonferenz für die Ortsvereine Albern, Kapftrödel, Bühl und Hundsbach. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. He i d e l-Karlsruhe über „Die politische Lage im Reich seit Mai 1924 bis heute“. 2. Vortrag des Gemeindefretariats Gen. F r i e d m a n n-Karlsruhe über „Unsere nächsten Aufgaben“. 3. Organisationsfragen im Unterbezirk. 4. Neuwahl des Bezirkskomitees.

Jeder der genannten Ortsvereine hat hierzu Delegierte zu entsenden. Darüber hinaus hat jeder Genosse und jede Genossin Zutritt, die sich für die Verhandlungen interessieren. T r i n t s, Parteifretar.

### Bermischtes

Einrichtung eines sechsfachen Kindermörders. Das Schöffengericht Weiden (Oberpfalz) hatte vor einiger Zeit den 61 Jahre alten Maurer Hettler zum Tode verurteilt. Der bestialische Mörder brachte im Verlauf von sechs Jahren nacheinander seine eigenen sechs Kinder im Alter von 5-6 Wochen durch Giftmischen und Nahrungsentzug qualvoll ums Leben. Nachdem das Reichsgericht die Verurteilung des Hettler verworfen und auch die bayerische Regierung von ihrem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hatte, wurde vorgestern morgen 8 Uhr im Hofe des Landgerichtes Weiden die Hinrichtung Hettlers durch das Urteil von Scharfrichter Reichardt aus München vollzogen. Der Delinquent zeigte gestern noch guten Appetit, war geistlichem Aufpruch zugänglich und schief seine letzte Nacht ziemlich ruhig durch. Bei dem Hinrichtungsakt selbst brach er vollständig zusammen und mußte nach Verlesung des Urteils zum Schafott getragen werden. Die Vollstreckung des Urteils vollzog sich ohne Zwischenfall.



### Gemeindepolitik

**Seibersberg.** Zur Wiederbesetzung des zweiten Bürgermeisterspostens sah die Bürgerausschussfraktion der berechtigten Bürgergruppen den Beschluß, daß die Wahl eines zweiten Bürgermeisters nicht erforderlich sei. Dagegen soll der Einfluß der Parteien im Stadtrat dadurch sichergestellt werden, daß besetzte Stadtratsposten neu geschaffen werden. Die endgültige Entscheidung über diese Frage dürfte in der nächsten Zeit fallen.

**Mannheim.** Im Monat Dezember betrug der Betrag der Mannheimer Städtischen Sparkasse getätigten Einlagen (Spar-, Scheck- und Giroverkehr) 2.705.880 M. Der Betrag der Rückzahlungen belief sich in derselben Zeit auf 1.853.543 M., so daß sich eine Reineinzahlung von 752.337 M. ergab. Die Guthaben der Kunden betragen Ende Dezember d. J. 510.596 M. Im Monat Dezember d. J. wurden 1.379 Konten neu angelegt; insgesamt bestanden Ende Dezember d. J. 8.178 Konten. In der Zeit vom 7.—14. Januar hat die Mannheimer Jubelziffer eine Erhöhung von 1,2 Prozent erfahren. Die Steigerung ist auf die Verteuerung von Brot, Mehl und Gemüse zurückzuführen.

**Stadts und Landfunk.** Ein ganz neuer Konflikt ist in Frankfurt a. M. zwischen der Verwaltung der Städtischen Bühnen und den Mitgliedern des Oberhauses ausgebrochen. Durch die Rundfunkübertragung der Oper hat sich ein gewisser Betrag gesammelt. An dieser Summe wollen die Künstler nun beteiligt sein. Die Stadt verweigerte die Summe, da im Vertrag nicht vorgesehen sei, daß der Künstler nur vor einer bestimmten Hörerschaft zu spielen habe. Da bei der Verbreitung des Rundfunks derartige Konflikte auch anderswo möglich sind, dürfte der Ausgang dieses Konfliktes allgemein interessant sein.

**Verkehrsmittel und Verkehr.** Verkehr und Verkehr ist bei uns in Deutschland ein. Das weiß man jetzt, in der Zeit der Automobile und Motorräder selbst in den kleineren Städten. Der Berliner Stadtbaurat Dr. Klotz, der jetzt eine Studienreise nach London und Paris beendet hat, wundert sich in den „Berliner Wirtschaftsbereichen“ über die verhältnismäßig große Geräuschlosigkeit des Verkehrs in diesen Weltstädten. Vor allem in London, schreibt er, geht der Verkehr in auffallend geräuschloser Weise vor sich. Signalzeichen werden nur in den allerdingendsten Fällen gegeben. Der ungedämpfte Auspuff der Motorräder, Geländewagen u. a. wird streng bestraft. In London wurden im Jahre 1923 5000 Strafen verhängt für zu stark knatternde Motorräder und Autos. Außerdem müssen rauchentwickelnde und abgibtende Auspuffröhren entfernt werden. Diese Krücken möglicherweise, sollte doch eigentlich auch bei uns durchzuführen sein.

**Eine unterirdische Schwimmhalle** plant man in Kopenhagen. Da die Schwimmhalle in der dichtbewohnten Gegend liegen soll, darf aber der Platz, wenn er überhaupt vorhanden ist, teuer sein. Hier sollen 2 Schwimmhallen von 33-Meter und 25-Meter gebaut und mit reichlichem Regenwasser versehen werden. Diese Einrichtung spart nicht nur dadurch, daß die hohen Wasserteile und die untere Kasse weggelassen, auch an Heizungsstellen wird gespart, da die Räume nicht so leicht abkühlen.

### Gewerkschaftliches

#### Zur Lohnbewegung der Chemie, Sektion IV

Der Fabrikarbeiterverband (Kubwigschiffen a. Rh.) wird uns geschrieben: Am Dienstag den 13. Januar 1925 fand vor dem beständigen Tarifamt Chemie, Sektion 6, eine Verhandlung statt, in der über die von dem am 6. Februar 1924 beteiligten Organisationen eingereichten Forderungen verhandelt wurde. Eine Einigung war nicht zu erzielen, da sich die Arbeitgeber wie fast immer auf den Standpunkt stellten, daß eine Erhöhung der bestehenden Löhne für die Industrie untragbar sei. Die Behandlung der Frage ist nun dem Tarifamt Berlin überwiesen, welches in den nächsten Tagen zur Entscheidung der Fragen tagen wird. Hoffentlich sei das Haupttarifamt Berlin für die trostlose Lage der Chemiearbeiterkassen und fällt einen Schiedsspruch, der den Wünschen der Arbeiterkassen Rechnung trägt. Dies zur Kenntnis der Chemiearbeiter.

Auch wäre es wünschenswert, wenn hieron die „Arbeiterzeitung“, Organ der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der kommunistischen Internationale) für Pals-Rheinhausen und Kadesch, davon Kenntnis nehmen würde, damit sie auf dem laufenden bleibt und nicht wieder eine verlorene Behauptung aufstellt, wie es in der Nummer 10 ihrer Zeitung vom 13. 1. 25. geschehen ist.

### Soziales

#### Reichskonferenz der Kriegeschädigten und Kriegshinterbliebenen

In Magdeburg fand dieser Tage die 10. Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen statt. Aus dem von dem Vorsitzenden des Reichsbundes, Manke, erstatteten Geschäftsbericht ging hervor, daß der Reichsbund nicht nur ein Bundeshaus in Berlin erworben hat, sondern auch ein Geschäftshaus für den Gau Sachsen und auch Stützungsstellen in Berlin. Sein Bericht zeigte ferner die gute Zusammenarbeit der Kriegssopferorganisationen, die in Deutschland zur Zeit 4128 Ortsgruppen zählte. Die Zeitung hat eine Auflage von 165.000 Exemplaren. Aus dem Geschäftsbericht der einzelnen Abteilungen ging ferner hervor, daß die Sozialpolitik im letzten halben Jahre keinerlei Fortschritte zu verzeichnen hatte, sondern daß vielmehr die politischen Verhältnisse sich auf die Entwicklung von Versorgung und Fürsorge für die Kriegssopfer ohne Einfluß bewiesen haben.

In den anschließenden Diskussionen wurde einstimmig verlangt, daß der neue Reichstag Schritte zur Überführung der Fürsorge von den Ländern wieder auf das Reich übernehmen müsse. Es sei nicht anzunehmen, daß die Selbst-

handlung der Hinterbliebenen, die ihren Ernährer im Felde verloren haben, eine Frage des Wohlwollens der Fürsorge sei. Es müsse vielmehr unter allen Umständen in einer neuen Novelle zum Reichsversorgungsgesetz ein Rechtsanspruch auf Heilbehandlung sichergestellt werden. Im Anschluß an die Verbesserung des Reichsversorgungsgesetzes wurde auch eine Novelle zum Gesetz über die Beschäftigung der Schwerbeschädigten gefordert. Hand in Hand mit dieser Frage wurde auch die Möglichkeit der Erhaltung des Arbeitsplatzes für Kriegserwitwen auf das lebhafteste diskutiert. Die in diesem Punkte weit auseinandergehenden Meinungsverschiedenheiten zeugen davon, daß die Lösung dieser so überaus wichtigen Frage ein schweres Problem selbst für Sachleute darstellt, weil bei der Unterbringung und Sicherung von Witwen im Wirtschaftslieben eine Unmenge von Voraussetzungen und Umständen berücksichtigt werden müssen. Die Frage des Arbeitsnachweises für Kriegserwitwen konnte auf dieser Konferenz nicht zu einer einheitlichen Forderung gerichtet werden.

Der Bericht des Bundesvorsitzenden Fändner über die Siedlungsfragen zeigte, daß auch für die Kriegssopfer nur im Rahmen der allgemeinen Wohnungsversorgung etwas getan werden kann und die Sonderrechte im öffentlichen Leben nicht anerkannt werden sind. Es ist notwendig, daß der Reichsbund zur Selbsthilfe schreitet und zu diesem Zweck eine Siedlungsorganisation auf zentraler Grundlage schafft. Der Sitz der Siedlungsorganisation soll in Berlin beim Bundesvorstand sein. Tochtergesellschaften sollen in allen größeren Ortsgruppen gegründet werden. Die Siedlungsorganisation soll in Form einer Bau-G. m. b. H. aufgezogen werden. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde nach umfangreicher Debatte die Einführung einer Steuerklasse des Reichsbundes abgelehnt.

Bezüglich der Errichtung von Erholungsheimen wurde die Aufnahme des Bundesvorsitzenden aufgegeben. Die Organisation hat das Schloß Gensstorf bei Seiffingen, Bezirk Stuttgart in Sachsen-Anhalt als Kindererholungsheim erworben. Durch weitestehendes Entgegenkommen der Gemeinde Seiffingen wurde die Inbetriebnahme ermöglicht. Es ist dort Aufenthalt für etwa 60 Kinder in einer geradezu hervorragenden Weise gegeben.

### Gerichtszeitung

#### Postuntererschlagungen in Hemsbach

Mannheim. Vor dem hiesigen großen Schöffengericht standen die großen Postuntererschlagungen in Hemsbach zur Verhandlung, die sich die 20 Jahre alte Postgenossin Elisabeth Schmitt unter dem Einfluß ihres leichfertigen Bruders, dem 20 Jahre alten Kaufmannslehrling Eugen Schmitt, und unter Beihilfe und Begünstigung ihrer Schwester Anna Schredenerberger geb. Schmitt, des 25 Jahre alten Postkutschers E. Wilhelm in Leberding, der 30 Jahre alten Regina Luber geb. Dachs aus Niederumbing, alle Wohnhaft in Hemsbach, hat zuschulden kommen lassen. Die Postgenossin Elisabeth Schmitt erlitt aus der Postkasse den Betrag von 150 M., um ihrem Bruder, der ein leichfertiger Bursche ist, die Heimreise zu ermöglichen. Er stahl dann weiter aus der Postkasse Beträge, die nicht den namhaften Betrag von 3800 M. ergaben. Die Schwester mußte sich keinen anderen Rat, um den gewissenlosen Verlust ihres Bruders zu vermeiden, als indem sie einen Postkutscher, hierbei waren ihr die obigen Angeklagten beihilflich, während der feine Bruder die Diebstahlskugeln und die Schwester verdrängte, suchte die Frau Schredenerberger die ganze Hauptlast auf sich zu nehmen, bis dann der Bursche gestand, daß er die Haupterschlagung an der Vernehmung war. Das Gericht verurteilte den Eugen Schmitt zu einem Jahr Gefängnis, die Elisabeth Schmitt zu 3 Monaten, die Frau Schredenerberger 2 Monate Gefängnis, ebenso der Postkutscher Kocher, Frau Luber erhielt eine Geldstrafe von 30 M., Frau Schredenerberger und Kocher haben anstelle des einen Monats 50 M. Buße zu zahlen; für die übrige Strafe erhalten sie Aufschub auf Wohlverhalten.

### Kleine badische Chronik

**Mannheim.** Donnerstag domittags öffnete ein 63 Jahre alter Geiger in der Säulenhalle in Heppenheim die Feuerwerksfete an einem Dampfessel, wobei plötzlich die Flammen herausschlugen und der Geiger erlosch, so daß er am ganzen Körper Brandwunden davontrug.

**Mühlheim.** Ueber merkwürdige Folgen des letzten Erdbebens wird aus dem Elsaß berichtet. Im Sundgau wo das Erdbeben mit etwas größerer Stetigkeit als an anderen Orten im Elsaß verläuft wurde, machten bei einem Toten, der schon im Sarge lag, mehrere Personen. Auf einmal 3.45 Uhr, kam der Sarg in Bewegung und die Kränge fielen vom Sarge herunter, so daß die Leute vor Schreck auseinanderliefen, weil sie meinten, der Tote sei wieder lebendig geworden. — Eine alte Frau, die durch das Erdbeben aus dem Schlafe geweckt wurde, glaubte, es seien Mäuser in das Haus eingedrungen. Sie stand auf und beauftragte sich mit einer Art zur Vertreibung. Bei einem neuen Erdbeben verlor sie sich nicht unerschrocken mit dieser Waffe, die sie mit ins Bett genommen hatte, an der Schulter.

**Stuttgart.** Bei der Aushebung von Fundamenten zu einem Neubau hier stießen am Rhein Arbeiter in ungefähr 1.20 Meter Tiefe auf eine altemannische Kriegerdenkmalung. Neben dem Stein lagen Schwerter, Messerlingen und Schwertschlingen. Die Bestattung dürfte aus dem 5. Jahrhundert n. Chr. stammen.

**Wurttemberg.** Die Bergbahn, das Schmerzenskind des ganzen von ihr abhängigen Gebietes, wird vom 1. Januar ab einen verbesserten Fahrplan einführen, der die Zahl der Waggons auf fünf erhöht. Sonntags fährt ein Zugpaar aus, so daß hiermalige Fahrmöglichkeit bleibt. Ein Zugpaar hat an Werktagen Güterbeförderung, wodurch die sonst mit anderthalb Stunden bemessene Fahrzeit auf 2 Stunden 20 Minuten erhöht wird. Besondere Rücksicht wird, soweit möglich, in Donauabfahrten auf die Anschlüsse auf die Staatsbahn genommen.

**Lobnau i. W.** Beim Fortschritt in Lobnau geriet der Knecht einer Wirtschaft in Wandsberg unter seinen Wagen. Eine zufällig des Weges kommende Frau fand den Verunglückten

und veranlaßte dessen Überführung nach dem Spital, wo an beiden Füßen ein komplizierte Bruch festgestellt wurde.

**Wittmaringen bei Radolfzell.** In der hiesigen Brauerei verbrannte sich der verheiratete Küfer Heiligmann von Radolfzell mit flüssigem Pech darat, daß an seinem Aufstumpfen gezeichnet wird.

**Singen.** Eine auffällige Differenz in Angeboten auf ausgedehnte Arbeiten hat sich bei der Vergabung der Gleisanlagen anlässlich der Umbauarbeiten im hiesigen Rangierbahnhof ergeben. Das niedrigste Angebot stellte sich auf 3000 — dreitausend Mark —, das höchste auf das mehr als Achtfache mit 26.000 M.

**Muppertsbollen (Hohenzollern).** Nachdem erst kürzlich der Ort durch ein Großfeuer heimgesucht worden war, dem fünf Gebäude zum Opfer fielen, brannte jetzt das Wohnhaus des Schuhmachereisters Kottenburger nieder. Außerdem ist ein größeres Schuhwarenlager vernichtet worden. Es wird Brandstiftung vermutet; als verdächtig wurde der Sohn des Abgebrannten in Haft genommen.

**Kandern.** In der vorerwähnten Nacht entfiel aus viel jetzt unbekannter Ursache im Gehäusen zum „Kaien“ Feuer, dem der Dachstuhl zum Opfer fiel. Dem tafelfräßigen Eingreifen der Feuerwehren aus der Umgebung gelang es, das Feuer auf seinen Ursprung zu beschränken.

### In Sachen Liedolsheim

#### Offene Anfrage an das Bezirksamt Karlsruhe und an Bürgermeister Volz von Liedolsheim

Im Anschluß an die öffentlichen Ausführungen in Liedolsheim am letzten Sonntag geht uns folgende offene Anfrage zu:

Wie schon mitgeteilt, gegen die Willkürigen Radabwürfer vor das Rathaus g. „Löffel“ und demotierten Fenster, Türen und Türen, so daß es ausfiel, als ob Franzosen hier gehaust hätten, statt deutsche Aufbauer. Wir fragen nun das Bezirksamt und den Bürgermeister Volz: 1. Was haben Sie getan, als im Mai d. J. der Oberlehrer Schmitt einige Schüler nachhause ließ und dann deutschfeindliche Burschen und junge Männer in das Amtszimmer des Bürgermeisters führten, ebenso in den Schulsaal und verlangten, daß die Schüler sofort heimgelesen werden? 2. Was haben die oben Erwähnten getan, als im August d. J. anlässlich der Bannerfeier Sonntag nachts die Fahne vom Rathaus herunter gerissen und verbrannt wurde. Der Bürgermeister ließ vom Gemeinderat einen Strafentwurf unterzeichnen. Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit hat man aber nichts mehr gehört. Muß der Antrag irgendein in einem Papierloch? 3. Was ist geschehen, als im August d. J. am Tage der Verfassungsfest zwei neue Fahnenhänger der Gemeinde gestohlen wurden? Wurde die Anzeige erlattet?

Wie jetzt wurde den deutschfeindlichen Horden noch kein Haar gekümmert. Es ist unter diesen Umständen sehr Wunder wenn sie sich als Herren in Liedolsheim fühlen und selbst neben der Gendarmerie mit Prägel einhermarschieren.

Herr Landrat Schöble, unsere Gebiid ist am Ende, der Geiger steht auf zwölf! Seit 3 Jahren wurde von Seiten des Bezirksamts keine Drückbereinigung mehr vorgenommen, obgleich der Jahresfest Herr Schöble einem Vertreter der Gemeinde erklärte, er werde bei der Drückbereinigung sich über die Zustände in Liedolsheim Aufklärung verschaffen. Sie heute ist Herr Schöble nicht erschienen. Was sagt das Ministerium zu all diesen angeführten Fällen? Wir verlangen an dieser Stelle Antwort von Herrn Landrat Schöble und Herrn Bürgermeister Volz, was sie zu tun gedenken.

### Markt und Handel

**Marktbericht.** Auf dem Mannheimer Kleinbäckmarkt garten Körner 45—65, Sepsosine 63—75, Ferkel und Läufer 12—25 Markt pro Stück. — Auf dem Freiburger Schlachtviehmarkt liefen Ochsen und Minder 1.45—45 M., 2. 34—42 M., Ferkel 38 bis 42 M., Kühe 17—34 M., Küber 60—85 M., Schweine 74—80 M. pro Zentner. — Auf dem Schweinemarkt wurde das Paar Ferkel für 40—40 M. verkauft. — In Engen wurden verkauft Ochsen zum Preise von 500—750 M., Kühe zu 300—500 M., Kalbinnen zu 350—500 M., Minder zu 120—280 M., Milchameine zu 80 bis 84 M., letztere pro Paar. — Braunkohlradier Radolfzell. Es wurden meist per 100 Kilo franco Radolfzell: Wehl, deutsche Erzeugnisse, Spargelbrot 41.50—42.75, franz. Mehl 60prozentig 39.50—40.25 M., Weizen 35.25, Weizen 35.25, Weizen und Roggenmehl 15—15.50 M., Kaffeebrotmehl 13.50—13.60 M. — Nahrungsmittel. — Kaffeebrotmehl 13.50—13.60 M., Weizenmehl 150 Ballen. Verkauf wurden ebenfalls 150 Ballen. Das Geschäft ist unverändert, ruhig, aber sehr fest bei vorräthigen Qualitäten. Prima Dopsen wurde zu 280—400 M. angeboten.

**Die Lage auf den Wollmärkten.** Die Geschäftslage in der deutschen Wollindustrie und auf den deutschen Wollmärkten ist immer noch sehr still. Die höheren Genesepreise, die die Fabrikanten fordern müssen, entsprechen lt. „Textil-Wochen“ nicht den Preisständen des Tuchhandels, der schon ohnehin durch das schlechte Wintergeschäft belastet, mit seinen Frühjahrs- und Sommeraufträgen sehr vorsichtig und zurückhaltend ist. Infolge dessen ist auch die Industrie mit ihren Wollkäufen zurückhaltend, zumal da einige Ungeheißer über die nächste Entwicklung der Weltmarktpreise besteht. Man hofft in den Kreisen des Tuchhandels auf eine Belebung des Geschäftes, wenn aus den in dieser Woche in Sibben wiedereröffneten Wollverfeinerungen sich nun neuen eine geistige Tendenz des Marktes ergibt.



**Pfarrer Heumanns Heilmittel**  
 stets auch vorrätig im Alleindepot  
**Alte Sachs'sche Apotheke von 1727**  
 (Dr. Fritz Lindner)  
 Karlsruhe, Kaiserstr. 80. Telef. 438.  
 Das große Pfarrer Heumanns-Buch (520 Selt. 200 Abbild.) erhält jeder Leser, der seine Adresse einschickt, von d. Firma Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M 108, grat. u. franco zugesandt. Postk. genügt.

## Nur 4 Pfennig kostet MAGGI Fleischbrüh-Würfel

Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Direktors des Hygienischen Instituts der Universität Berlin, Geheimrat Professor Dr. Martin Hahn, unterstellt.

Einfach mit kochendem Wasser übergossen, ergibt der Würfel kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Sossen aller Art.



MAGGI's gulo, sparano Küche.



# Unterhaltung und Belehrung

## Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankosti

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„Weshalb bist du denn so scheu?“ schmunzelte er leise seiner Braut zu, die von Zeit zu Zeit leicht zu erröten und zu zögern schien. Er selbst schritt erhobenen Hauptes aus, lächelte mit seinem wärmsten Lächeln, nicht nach rechts und nicht links und fuhr einigemal mit der Hand nach dem Nüchternsirn.

„Wollen wir auf den Kirchhof gehen und aus die Grabkreuze ansehen?“ schlug er seiner Braut vor.

„Ja, meinestwegen!“ sagte sie, sich erheitert, und ging gerade aus auf ein kleines Seitentor zu.

„Aber doch nicht durchs Hintertürchen, komm nur durch das Haupttor.“ — Die Braut folgte ihm verzogen.

In der Nähe des Tores standen einige bekannte Bauernwirts. Lutela hielt jedoch nicht an, sondern nickte ihnen nur im Vorbeigehen zu.

„Du hast wohl jetzt keine Zeit, mit uns zu reden?“ sagte einer, überstürzt herüberblinzelnd.

„Ein andermal, ein andermal,“ lächelte Lutela über die Schulter, während er seinen Weg zufrieden fortsetzte.

Bei dem Tor hielt ein Händler Kunden fest, ja er hatte auch Limonade auf dem Deckel einer großen Kiste. Der Verkäufer zwinkerte ganz besonders Lutela zu und sah zugleich nach der Braut.

Lutela hätte gern etwas gekauft — nur deswegen, weil er alles dies so ergötlich fand und die Menschen so besonders aufmerksam waren. Aber er war zu stolz, um vom Deckel einer Kiste anzubieten, darum lächelte er bloß und nickte freundlich mit dem Kopf.

Sie traten in den von einer bemosten Wollmauer umgebenen Kirchhof, dessen eine Hälfte als Gottesacker diente. Die Birken und Weiden grünt, die Espen allein standen dunkel, fast und ernst.

Die Verlobten gingen auf den Wegen des Friedhofs umher, indem sie dann und wann haltmachten und die Grabinschriften lasen. Die Braut sprach kaum etwas, Lutela aber hatte hin und wieder ein gutmütiges Wort über frühere Jugendbekannte, von denen viele bereits in der Erde ruhten.

Sie waren vor einem einfachen, polierten Stein stehen geblieben.

„Wer liegt denn hier?“ fragte Lutela, der lateinische Buchstaben nicht lesen konnte.

„DIE DEUTSCHE INGRID,“ las die Braut. Mehr stand nicht auf dem Stein, nicht einmal der Geburts- oder der Todestag.

„So, ja, der gehört der deutschen Ingrid — und gar ein Stein!“

Die Braut ging weiter, Lutela aber blieb noch und betrachtete den Stein. Selbst! Erst jetzt wurde ihm die Sage von Ingrid klar. Wie das junge fremdländische Mädchen den Major in Huhst gepflegt hatte, den alten Mann. — Ja, ja, das war viel gewöhnlich, wenn man es nicht bedachte! Es drängte ihn, von dieser neuen Aufstellung auch zu seiner Braut zu reden, aber dann erinnerte er sich: sie, der Major und Ingrid, waren ja nicht einmal betraut gewesen — und er schwieg.

Die Braut war mittlerweile nach der nördlichen Ecke zu geschritten.

Lutela kam fast die Angst — dort lag ja irgendwo Marias Grab. Wie wenn dort in der Ecke, unter der großen Espe, ein armer Verwandter geruht hätte, von dem man nicht gern sprach.

„Wollen wir nicht in die Kirche gehen?“ rief er seiner Braut nach. — „Sie sollens ja nicht gern hören, daß man sie an frühere Zeiten erinnert,“ erwiderte er sich in Gedanken. „Und was haben wir eigentlich mit den Toten zu tun!“

Sie gingen geradewegs in die Kirche, ohne weiter nach den seitwärts stehenden Kreuzen zu sehen.

Die Kirche war fast schon zur Hälfte besetzt, als sie durch die Tür des Haupteingangs eintraten.

Aber die Braut begann gleich bei der Tür nach rechts und links zu blicken.

„Wollen wir nicht hier bleiben?“ flüsterte sie. „Von hier sieht man so gut.“

Lutela hielt an und sah ihr wie prüfend ins Gesicht. Doch dann lächelte er wieder mit seinem stillen Lächeln.

„Nicht doch, wir gehen näher an den Altar,“ sagte er. — „Nun, das ist ja kein übermäßig Wunder — man muß die jungen Menschen verstehen,“ beruhigte er sich.

Dies war für Lutela der allerfeierlichste Augenblick in seinem Leben, als er so mit seiner jungen Braut unter dem Blicken aller Leute durch die Kirche schritt. Er ging mit langsamen, sicheren Schritten neben seiner heftig erscheinenden Braut her, grüßte sogar einige gute Bekannte mit einem Blick, da ein Kopfnicken hier nicht am Platze war.

Sie setzten sich in der Nähe des Altars nieder — Lutela rechts, seine Braut links von dem Gang.

Der Gottesdienst hatte angefangen.

Lutela verneigte sich jedoch nicht besonders aufmerksam zu folgen, es hatte ihn ein anderer Gedanke erfüllt. Er hatte, solange der Pastor noch nicht erschienen war, das Kirchenbild betrachtet, und da war ihm eine neue Erleuchtung durch die Seele gegangen.

Das Bild stellte Maria und Josef mit dem Jesuskind dar. Lutela war ein mäßiger Bibelforscher, aber irgend ein Begebnis aus ihrem Leben mochte dies sein.

Maria war schon in ihrer jugendlichen Blüte — Lutela schien es, als gleiche ihr Antlitz sehr demjenigen Marias, obwohl es natürlich schöner war, da sie die Mutter Gottes gewesen. Aber das war hier nicht das merkwürdigste, sondern — Josef. Wie er erst jetzt bemerkte, daß Josef ja ein Arbeiter war, mindestens

ein Sechziger, wenn nicht gar ein Siebziger! Und sein Scheitel auch schon ganz fahl! Er konnte nicht anders, er mußte vergleichen — er selbst hatte noch sein volles kräftiges Haar, und auch sonst sah er auf keinen Fall so alt aus.

Alles dies berührte ihn so eigentümlich, daß er einen leisen Schauer in seinem Körper fühlte, während er bedachte, was eben in dem Gang geschehen war, als seine Braut sich fast weigern wollte, neben ihm durch die Kirche zu schreiten. Man sah ganz deutlich, daß Maria auf dem Gemälde dort mit der einen Hälfte ihres Gesichtes Josef lieblich anlächelte, wenn sie auch vor allem das Kind anblickte.

Er hätte diesen Gedanken gern auch in seiner Braut erweckt, sie aufgeweckt, ebenfalls das Bild anzusehen. Doch sie sah getrennt.

Lutela warf einen Blick über den Gang.

„Ganz richtig, da sieht sie schon hin!“ jubelte er. „Zuerst natürlich nach der Maria — nun, gut so, ich wirft du dann auch schon bemerken.“

Sie wurde gewahrt, wie Lutela sie unverwandt ansah, ward rot im Gesicht und senkte den Kopf tiefer.

„Jetzt hat sie verstanden und schämt sich,“ dachte er, sich wieder dem Gemälde zuzuwenden.

Die Geschichte von Maria und Josef erschien ihm jetzt in einer ganz neuen Beleuchtung. Er dachte während der ganzen Predigt darüber nach. Wie Josef in Nazareth gearbeitet und Häuser gebaut haben mochte — ob sie wohl auch in die Kirche gegangen waren? Natürlich! Er sah gerade und würdevoll da und verpürzte die Blicke der Leute in seinem Rücken. Und es deutete ihm, als lese der Prophet mit besonders nachdrücklicher Stimme: Hofbesitzer, Jungfrau Maria Rufas Tochter.

Indem er sich beim apostolischen Segen niederbeugte, betete er, es möchte zwischen ihnen ähnlich werden wie zwischen Maria und Josef — wie es sich ihm heute in neuem Lichte aufgeklärt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

## Proudhons soziale Ethik

Vor 60 Jahren, am 18. Januar 1865, befehlte Proudhon sein lebensreiches Leben im Dienste der Arbeiterklasse. In ihm haben wir den Mann des sozialistischen Übergangs. Die Utopisten waren überwunden und Marx und Engels begannen ihren Zeitalter. Proudhon stand zwischen beiden, zwischen Utopie und Wissenschaft. Er kämpfte gegen die Utopisten Fourier und Owen ebenso wie gegen die Staatssozialisten, besonders L. Blanc, der wie Rousseau von der Staatshilfe statt von der Selbsthilfe Rettung erwartete. Und doch ist Proudhon gegen Marx. Lange Zeit haben Marx und Proudhon, oft ganze Nächte lang, über ökonomische Fragen diskutiert, aber Proudhon wußte immer mehr von Marx ab, statt sich ihm zu nähern.

Proudhon sah das Ziel in einem Finanzprojekt, seiner *Lebensbank*. Er wollte das Geld entzweigen durch wieniglichen Kredit. Aber Proudhon erkannte doch wenigstens als das Wesentliche, die Wurzel des Übels das Eigentum. Er „löste das ökonomisch Altschickliche an“, wie Marx von Proudhon gesagt hat.

Auf Wunsch der Redaktion des Berliner „Sozialdemokraten“ schrieb Marx 1865 einen Aufsatz über Proudhon, den einzigen, den Marx für den „Sozialdemokraten“ schrieb, weil er, Schwelger des Wortes in Regierungsforschung zu sein versuchte. In diesem Aufsatz nahm Marx scharf und entschieden gegen Proudhons ökonomische Auffassung Stellung. Es ist der Nachruf, den Marx vor 60 Jahren Proudhon gewidmet hat und der fastlich auch heute noch für uns gilt. Proudhon war damals ein unklarer Kopf, dem Marx auch noch Gültigkeit und Wichtigkeit und persönlichen Eigenwert nachgab.

Das einzige, das Marx bei Proudhon anerkennt, ist Proudhons entschiedene Stellung gegen die Kirche und die herrschende Ethik. Proudhon war Franzose und in Frankreich spielte die katholische Kirche eine herrliche Rolle. Proudhon nahm den Kampf Voltaires wieder auf, doch nicht als intellektuelle Polemik sondern als Kritiker vom Standpunkte einer sozialen Ethik.

Der Kirche gegenüber eine freie Meinung zu äußern, war damals ein größeres Verbrechen als heute. Proudhon unternahm den Kampf gegen die kirchliche Ethik und für eine soziale Diesseitsreligion der Gerechtigkeit in einer Zeit schärfster Reaktion und liberaler Regierung, und der Prozeß, der ihm gemacht wurde, brachte ihm 3 Jahre Gefängnis und 4000 Francs Geldstrafe. Doch entfloh er nach Belgien, bis ihn eine Annettie seinem Vaterlande zurückgab.

Proudhon verurteilte die Begründung einer religiösen *Moral*, einer *Moral*, die frei ist von alter Religion. Proudhon sieht die Religion in der Verbindung der Menschen untereinander, in der Verbindung der Menschen mit einer sittlichen Idee. Religion und Gesellschaft sind gleichbedeutende Ausdrücke, sagte er. „Der Mensch ist sich selbst so heilig als wäre er Gott.“ Und so ist für Proudhon auch „außerhalb der Menschheit kein Gott, außerhalb der Freiheit keine Regierung.“ Was die Menschheit in der Religion sucht und Gott nennt, das ist sie selbst.

Die Kirche aber, sagt Proudhon, hat die Erde öde gemacht und die Arbeit entwertet. Sie ist die Reaktion und der Verderb der Menschheit. Sittlich ist nicht Wahrheitsliebe, sagt er, sondern das Recht, nicht Selbstverleugnung, sondern Selbstbehauptung politisch und wirtschaftlich freier Menschen. Solche Menschheit ist der Sinn der Geschichte. Nicht ist Geschichte, sagt er, die Zeit der Sünde nur als Erwartung auf das Ende, das ein Strafgericht über die unschuldige Menschheit ist. Nein, Geschichte ist nach Proudhon der Krieg der Menschheit gegen solchen Gott. Geschichte ist ihm die Enttarnung aus dem Chaos zur Harmonie, aus der Hölle zur Liebe.

Damit finden wir bei Proudhon die Anfänge des Studiums unserer Zeit nach einer Weltanschauung des Sozialismus, nach Sozialismus als sittlichem Lebensgefühl. Es war ein Aufstadium einer Verbindung von Ökonomie und Lebensinhalt, der aber der gesunde Kern fehlte, weil Proudhon von der ökonomischen Erkenntnis abwich, wie sie Marx gegeben hat. Proudhons Ethik hatte bürgerlichen Charakter. Es fehlte ihr der Kampfgehalt. Es fehlte ihr das proletarische Wesen. Erst die ökonomische Erkenntnis von der Entwicklung gibt das Gerippe aus einer sittlichen Anrechnung vom Leben. Es ist die Aufgabe unserer Zeit, die Marx Erbe übernommen, die „moralische Revolutionierung“ Proudhons zu proletarisieren. Eine Ethik im proletarischen Geiste des modernen wissenschaftlichen Sozialismus zu schaffen ist die große kulturgeschichtliche Aufgabe unserer Zeit.

## Theaterkritik und Geschäft

Unser Theaterkritiker hatte in seiner Besprechung der Aufführung der „Fledermaus“ mit vollem Recht und mit unjeder vollen Billigung den am Landestheater eingetragenen *Milhan* kritisiert, daß verschiedene Firmen das Theater benützen, um für ihre Erzeugnisse Reklame zu machen. Die Firmen, die zur Ausstattung der Bühne Möbel liefern oder Kostüme zur Verfügung stellen, werden sogar seit neuestem auf dem Theaterzettel namentlich angeführt. Wir halten diese Methode für eine geschmacklosigkeits und eines Staatstheaters für unwürdig. Solche Verquickung von Geschäft und Kunst mag an einer Ausstattungsbühne möglich sein, die sich nur mit Unternehmung solcher Geschäfte noch über Wasser halten kann. Ein Landestheater sollte sich von solchen Partikeln freihalten. Es mag zu begrüßen sein, wenn eine Firma durch Befreiung von Ausstattungsständen zur Verschönerung des Bühnenbildes beiträgt, und wir würden solche Hilfsbereitschaft auch anerkennen, wenn sie selbstlos gewährt würde. Besonders in Karlsruhe hätte man solche Selbstlosigkeit vor allem erwarten sollen, denn gerade auch in unserer Geschäfts- und Kaufmannschaft finden wir noch einen großen Stamm treuer, opferbereiter und kunstliebender Freunde des Landestheaters, die sicher den Mißbrauch des Theaters zu Reklamazwecken genau so mißbilligen wie wir.

Aber es gibt auch Ausnahmen! Und eine solche Ausnahme bildet das *Milhanhaus Paul Weiß*, Kaiserstr. 22 an der Hauptpost. Der Herr und die Frau Weiß waren mit unserer Kritik der Fledermausaufführung durchaus nicht zufrieden, ebgleich unsere Kritik mit keiner Silbe weder die Firma Weiß, noch eine andere Firma erwähnt hatte. Die Familie Weiß setzte sich zu nächst am Telefon mit uns auseinander, ohne natürlich bei uns für die Ansicht, die „Fledermaus“ sei keine berühmte Operette von Johann Strauß, sondern eine Ausstattungszweck, damit die Firma Weiß für ihre Reklame machen könne, irgendwelches Verständnis zu finden. Auch die schließliche Drohung mit Entziehung der Inzerate machte selbstverständlich auf uns keinen Eindruck. Als unser Kritiker kürzlich bei Herrn und Frau Weiß vor sprach, wurde er dann auch unter besonders heftigem Lärm der Frau Weiß hinauskomplimentiert, unter ausdrücklichen Hinweis auf die Besprechung der „Fledermaus“ durch unsern Opernkritiker.

Wir werden den fürchterlichen Verlust der Inzerateinnahmen der Firma Weiß zu ertragen wissen. In aller Öffentlichkeit weisen wir aber diesen Versuch eines Geschäftes, durch Drohung mit pekuniärer Schädigung die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse beeinflussen oder unterbinden zu wollen, auf das entschiedenste zurück. Wobei wir allerdings feststellen müssen, daß keine die *Spaltung eines Teils der Karlsruher bürgerlichen Presse*, die bereitwillig, wohl in Rücksicht auf den Inzeratenteil, in der Besprechung der Operette die Namen der Geschäfte anführt, einen Teil davon heutzutage, daß die Familie Weiß auf den Glauben kommen konnte, solche Beeinträchtigung des Zeitungs durch den Inzeratenteil sei leicht zu bewerkstelligen. Wir können erklären: Von solchen geschmacklosigkeiten und Unanständigkeit wird unser Blatt nach wie vor freibleiben. h. w.

## Badisches Landestheater

Man schreibt uns: Es sind rund 14 Jahre her, daß Shakespeares Königsdrama „Richard der Dritte“ zum letztenmal hier gespielt wurde. In der langen Reihe der „Histories“, die den Kampf der Häuser York und Lancaster, der roten und der weißen Rose, zum Gegenstand haben, und die „Heinrich der Vierte“ als Nachspiel beschließt, ist diese Richardtragödie wohl die mit dramatischer Spannung beladene und von der Dämonie hemmungslossten Machtwillens erfüllte. Unbestimmt um die gewiß berechtigte Frage, ob dieses über die Leichen seines Bruders und seiner Väter zum Throne hinaufschreitenden Unglückseligen eine tragische Gestalt im eigentlichen Sinne sei, ist dieser stütze Richter ebenfalls ein gewisses Symbol gewalttätiger menschlicher Herrschaft, die sich selbst den unabwendbaren Sturz von ihrer angestrebten Höhe herbeiführt. Und darum bleibt Shakespeares Richarddrama ein mächtendes Bühnenstück für alle Zeiten. Das Werk wird von Felix Baumhauer neu inszeniert und einstudiert. Die Bühnenbilder werden von Emil Burkard ausgeführt; die kostümliche Ausstattung liegt in den Händen Margarete Schellenbergs.

## Aus Welt und Wissen

**Auslandsdeutschtum und Auslandslande in Rundfunk.** Nach einem umfassenden Plan, der von Vorsitzenden des Deutschen Auslandsinstituts, Dr. Wanner, ausgearbeitet und in die Wege geleitet wurde, tritt nun auch, wie wir der Zeitschrift „Der Deutsche Rundfunk“ entnehmen, der Rundfunk in den Dienst des Auslandsdeutschtums und der Auslandslande. Das weitläufige Unternehmen wird zunächst durch Vorträge auslandsdeutscher Art eröffnet, die jeden Dienstag, abends von 7.30—8.30 durch den Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart auf der Welle 443 verfunkt werden. Später, wenn das von Staatssekretär Dr. Bredow angeleitete Austauschverfahren zwischen den Sendestellen durch Verbindungsleitungen durchgeführt sein wird, kann der gesamte drahtlose Dienst des Auslandsinstituts von einer zentralen Stelle, wahrscheinlich von dem in Stuttgart neu erstellten Hause des Deutschiums aus, für sämtliche deutsche Sendegesellschaften durchgesprochen werden. Eine endgültige Ausgestaltung wird der deutsche Auslandsdienst im Rundfunk erst erfahren, wenn ein Sender mit genügend großer Energie dazu zur Verfügung steht. Die notwendigen Vorarbeiten darüber sind bereits im Gange, und man hofft, in einer nicht allzufernen Zukunft, diesen Europäer durch einen Wessender für die Auslandsdeutschen auf der ganzen Erde ablösen zu können.

**Am das Niveau des Rundfunks.** Zwischen der Gemeinde Wien und der österreichischen Bundesregierung ist ein Schrift über die Ausgestaltung des Wiener Rundfunkdienstes entworfen. In Österreich ist das Funkrecht Staatsmonopol. Für die Ausübung des Wiener Rundfunks ist eine Aktiengesellschaft gegründet worden, an welcher auch die Gemeinde Wien finanziell beteiligt ist. Der Finanzreferent der Gemeinde Wien hat nun angekündigt, daß er den Wiener Rundfunk mit der Luftfahrtssteuer belassen wolle. Nur wenn eine wesentliche Gehung des Niveaus der Rundfunkarbeiten erfolge, würde er davon absehen. Die Besteuerung entspricht dem Bestreben, auf das Programm des Rundfunks Einfluß zu gewinnen, und es ist ein langwieriger Streit zwischen der Bundesregierung und der Gemeinde Wien zu erwarten.

**Rundfunk und Verinsaktivität.** Die Verlinge treten bekanntlich in großer, sichtlich erscheinenden Schwärmen auf. Bisher wurden die Führer von dem Aufstreben der Schwärme auf telegraphischen Wege benachrichtigt, was den einen großen Nachteil hatte, daß sie zu den in Betracht kommenden Zeiten oft laqelungsfähigkeitslos zu Hause sitzen mußten, nur um für das Telegramm erreichbar zu sein. Nun hat man in Norwegen einen Rundfunkdienst eingerichtet, der es ermöglicht, daß die Führer auf hoher See die Meldung empfangen können. Das lange beschäftigungslose Warten fällt also fort.







# Karlsruher Bürgerausschuß

## Die Errichtung einer Flughalle genehmigt — Die Schwarz-Weiß-Roten laufen zu ihrer Reichsgründungsfeier, der Wohnungsbau ist ihnen schnuppe

Karlsruhe, 16. Januar 1925.

Im Mittelpunkt der heutigen Beratungen des Bürgerausschusses standen die Vorlagen wegen Errichtung eines Flugplatzes auf dem Gerstlerplatz und der Beteiligung der Stadt als Gesellschafter bei der Badischen Luftfahrtgesellschaft, sowie der Wohnungsbau 1925. Oberbürgermeister Dr. Finterer begründete die erste Vorlage in ausgezeichneter Weise, wobei er weit ausfuhrte und eine Parallele zog zwischen der Zeit der Errichtung der ersten Eisenbahn in Baden und den heutigen Tagen, wo es gilt, dem Luftverkehr den Tribut zu zahlen, also wiederum wie zurzeit der Einführung der Eisenbahn Neuland im Verkehrsweien zu betreten. Seine von weitestgehendem Blick für die geistige Entwicklung unserer Landeshauptstadt getragenen Ausführungen hatten ihre Wirkung getan, jedoch Stadtdr. Dr. Frey den Moment richtig erfasste und eine schätzenswerte Annahme der Vorlage empfahl. Dies geschah sofort und zwar einstimmig. Das Haus zeigte sich also auf der Höhe, es hatte Verständnis für die Belange unserer Stadt im zukünftigen Verkehrsweien gezeigt.

Andererseits gestaltete sich das Bild, als die Vorlage betreffs Wohnungsbau 1925 zur Beratung kam. Hier zeigte sich wieder so recht das Gland der Uneinigkeit des deutschen Volkes, es kam wieder so recht zum Vorschein, daß bei den Schwarz-Weiß-Roten Volkserzieher ihre schändlichen Parteinteressen höher als das Volkswohl sehen. Als es nämlich 7 Uhr war, beantragte ein deutschnationaler Redner, daß die Sitzung verlagert werden solle, da mehrere Herren zu einer Feier wollten. Es drehte sich nämlich um die Reichsgründungsfeier der Schwarz-Weiß-Roten Reichsverbände. Nachdem unser Genosse Sigmund und gegen den Antrag gesprochen hatte, wurde er denn auch abgelehnt. Und nun befanden die Schwarz-Weiß-Roten, nämlich die Deutschnationalen, Streifenmänner und der Dr. Frommherz-Klub, der sich Wirtsch. Vereinigung nennt, den traurigen Ruhm und die Ehre den Saal. An sich wäre es ja nicht schlimm, wenn diese Herrschaften nicht da sind, denn die Kathausmaschine läuft deswegen doch, ja noch viel besser. Aber der Vorzug ist der einzige seiner Art in der Geschichte des Karlsruher Stadtparlamentes — er hat mit dem parlamentarischen Mittel der Obstruktion nichts zu tun — und die Schwarz-Weiß-Roten haben bewiesen, daß ihnen die Demonstration der Uneinigkeit des deutschen Volkes und eine Demonstration gegen den heutigen Staat — denn etwas anderes war ja die Feier der Monarchien nicht — über alles geht, daß ihnen die Beratung einer so wichtigen Vorlage wie der Wohnungsbau, von der das Wohl tausender Wohnungsuchender abhängt, Nebenläufe ist. Die Herrschaften ließen allerdings noch zwei Herrschaften zurück, von denen der eine gegen 8 Uhr wiederum den Antrag auf Vertagung stellte, der jedoch wieder abgelehnt wurde. Aber die meisten Mitglieder des Zentrums verließen den Saal, wodurch die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeigeführt und die Sitzung auf Dienstag verlagert wurde und dieser so wichtige Punkt nicht erledigt werden konnte. Gen. Stadtdr. Köppler sagte den beiden Schwarz-Weiß-Roten Herrschaften noch einige Lebensweisheiten und bezeichnete das Verhalten der rechten Seite des Hauses als ein parlamentarisches Unanständigkeits, die man bisher im Stadtparlament nicht gekannt habe. Der Dietrich versuchte sodann in einem Zwischenruf unsere Fraktion zu verächtlichen, sie hätte schon das selbe getan. Er wollte damit die Haltung der Schwarz-Weiß-Roten rechtfertigen, aber Genosse Köppler wies die Verdächtigungen als hinfällig zurück.

Die Sitzung zeigte also, so verheißungsvoll ihr Anfang war, gegen Schluß durch das schändliche Verhalten der Schwarz-Weiß-Roten ein trauriges Bild, das hoffentlich nicht mehr Wiederholung findet.

Vorlage. Nachdem noch Stadtdr. Frommherz und der Vorsitzende gesprochen hatte, fand die Vorlage Annahme.

### Luftverkehr mit Karlsruhe.

Es handelt sich um die Errichtung eines Flugplatzes in Karlsruhe, wofür wir ja schon eingehend berichtet haben. Der Vorsitzende leitete die Vorlage mit einer längeren mündlichen Begründung ein. Seitdem Deutschland wieder frei sei in seinen Luftregionen, hätten Luftverkehrsleistungen besondere Luftverkehrslinien verschiedenerorts eingerichtet. Das Flugzeug stelle das schnellste Verkehrsmittel dar. Eine ganze Reihe deutscher Städte hätten schon Flughäfen eingerichtet. Als es sich 1838 in Baden darum handelte, ob eine Eisenbahn errichtet werden solle, habe man diese Frage beibehalten mit der Begründung, daß Baden ein wichtiger internationaler Durchgangspunkt sei. Im deutschen Verkehrsnetz bedeute Karlsruhe einen wichtigen Punkt. Nach Konstanz brauche man von Karlsruhe mit dem Schnellzug 6 Stunden, mit dem Flugzeug aber nur 1 1/2 Stunden. Württemberg wolle den Luftverkehr durch den Flughafen von Frankfurt nach Zürich für sich beanspruchen. Auch der Ost-West-Luftverkehr wolle gewisse Kreise über Baden-Baden weifen. Es sei deshalb, daß Karlsruhe selbständig vorgehe, wenn es sich nicht auf die Seite drücken lassen wolle. Manchem sollte deshalb nicht ärgerlich darüber sein. Das Flugzeug, das die zu errichtende Gesellschaft, der die Stadt beitreten wolle, besitzen wolle, habe sich sehr gut bewährt in wirtschaftlicher und lufttechnischer Hinsicht. Selbst ein französischer Fachmann stelle ihm das Zeugnis aus, daß eine Verkehrslinie mit einem solchen Flugzeug sich von selbst rentiere, also keine Subvention notwendig habe. Es gelte nun, eine Flugabstufung zu errichten und zwar auf dem Gerstlerplatz. Ebenso erwies sich der Beitritt der Stadt zu der Badischen Luftverkehrsgesellschaft als erforderlich. Eine öffentliche Luftverkehrskonzerne würden sich nun bemühen, Karlsruhe zu einem Hauptpunkt einer großen Linie zu machen, wie auch der badische Staat sich für die Errichtung einer Linie Frankfurt-Basel interessiert. Für uns gelte es aber nicht abzuwarten, bis von dieser Seite etwas komme, sondern wir müßten selbst einmischen in die Sache in die Hand nehmen.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Begründung durch den Oberbürgermeister sprach der Stadtdr. Hermann Rothweiler den Stadtvorstand den Dank aus für seine energische, weitansichende Haltung in der Luftverkehrsfrage. Karlsruhe dürfe keine Opfer scheuen, was seiner Stellung als Industrie- und Handelsstadt von Nutzen sei. Die Vorlage fand auf Antrag des Stadtdr. Frey ohne Debatte einstimmige Annahme, was mit großem Beifall begrüßt wurde.

Eine weitere Vorlage betraf Erbauung der Kosten für Straßen, Gehwege und Kanalarbeitung durch die Anlieger, die nach längerer Debatte zurückgezogen wurde. — Fünf weitere Vorlagen betr. Grundstücksverkäufe und -käufe fanden debattelos und einstimmige Annahme.

### Wohnungsbau 1925

Zu der gedruckt vorliegenden und auch von uns schon berichteten gedruckten Vorlage gab Bürgermeister Schneider noch eine längere Begründung. Er bat um die Zustimmung, daß die Stadt jetzt von den Mitteln, die für das Jahr 1925 vorgesehen sind, an Baulustige bewilligen dürfe. Mehr als in der Vorlage vorgesehene Mittel könnten derzeit nicht in Frage kommen. Zur Vorlage liegen eine Reihe Anträge vor. Der Stadtvorstand hat sich für die Erhöhung der Summe von 800 000 M auf 1,2 Millionen, d. h. die Erhöhung der Gesamtsumme auf 1,8 Millionen. In weiteren Anträgen fordern deutsche Volkspartei, Deutschnationale und Wirtsch. Vereinigung, daß die Straßenherstellungskosten als Baudarlehen zu bewerten seien und daß für 4, 5 und 6 Zimmerwohnungen Baudarlehen im Betrage bis 7500 M genehmigt werden sollen. Die Sozialdemokratische Partei zwei Anträge. In einem forderte sie die Erhöhung des Zuschusses für eine Dreizimmerwohnung mit Manfard, Garten und Stall von 5000 auf 6000 M. Im zweiten Antrag verlangt sie, daß die zur Verfügung stehende Summe von 800 000 M bzw. 1,2 Millionen Markt zur Hälfte für die Baugenossenschaften bereitgestellt werden solle.

Bürgermeister Schneider nahm zu den einzelnen Anträgen Stellung und erlaubte, da die städt. Finanzen weitere Erhöhungen nicht gestatten, um Ablehnung bzw. Zurückstellung bis zu den Voranschlagsberatungen. Die Genossenschaften seien immer zu behandeln worden.

Stadtdr. Rothweiler trat für eine gleichmäßige Behandlung der Flach- und Hochbauten ein. Redner schloß die Folgen der Wohnungsnot, der noch mehr gesteigert werden müsse, weshalb der Stadtvorstandsvorstand den Antrag auf Erhöhung der Summe gestellt habe.

Stadtdr. Gen. Sigmund (Soz.) hebt ebenfalls auf die Wohnungsnot ab, zu deren Abhilfe alles aufzuboten werden müsse, selbst wenn die Umlage erhöht werden müßte. Schon die hohen Krankenrenten verlangen den Bau von gesunden Wohnungen. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft könne erst dann erfolgen, wenn genügend Wohnungen vorhanden sind. Redner befaßte sich sodann mit den von der Sozialdemokratie gestellten Anträgen. Eine Erhöhung der Summe von 5000 auf 6000 Markt für eine Wohnung von 3 Zimmern mache sich notwendig, wie auch der Gesamtsumme von 800 000 M auf 1,2 Millionen Markt. Wenn die Sozialdemokratie für die Dreizimmerwohnung besonders einträte, so deshalb, weil gerade die kleineren Leute solche Wohnungen in einem Familienhaus haben wollen. Mehr Mittel, um den Bau solcher Wohnungen zu ermöglichen, können aber die kleinen Leute nicht aufbringen, deshalb fordere die Sozialdemokratie die Berücksichtigung für eine solche Wohnung um 1000 M zu erhöhen. Bestialität des Antrags der Sozialdemokratie, daß die Baugenossenschaften die Hälfte der Summe erhalten sollen, bemerkte Redner, daß gerade die Baugenossenschaften für den Bau von Wohnungen für kleine Leute in Betracht kommen, die sonst ja nur die Mittel für den Wohnungsbau aufbringen dürften, aber keine Wohnung erhalten würden. Er bitte deshalb um Annahme der Anträge der sozialdemokratischen Fraktion.

Vom Zentrum sprach Stadtdr. Weidert, der den Grundlagentrat, daß keine Mittel bewilligt werden dürfen ohne Deckung. Die Anträge seien seiner Partei sympathisch, doch müsse beachtet werden, mit dem Betrag von 5000 M auszukommen. Ein Unterchied zwischen Flach- und Hochbauten dürfe es nicht geben, wie auch die Zentrumspartei die freie Wirtschaft erstrebe. Das Zentrum stimme für die Vorlage. Eine angemessene Miete für die alten Wohnungen und eine Verringerung der Kosten für neue Wohnungen sei erstrebenswert. Die alten Häuser müßten eine anständige Verzinsung bringen. Die Zwangswirtschaft habe sich überlebt, sie wirke demokratisch

ierend und ihre Beseitigung müsse deshalb das Ziel sein. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß die Stadt aus den zurückbehaltenen Baudarlehen Gewinn ziehe, der zu einem Aufwertungsfonds für städtische Anleihen Verwendung finden sollte.

Stadtdr. Dümas (D.Nat.) beantragte, daß die Verammlung veriaat werden solle, da verschiedene Herren zu einer Feier wollen. (Zuruf: Das können Sie am Sonntag noch!) — Gen. Sigmund widersprach dem Antrag, der sodann bei der Abstimmung abgelehnt wurde. Die Vertreter der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und Wirtsch. Vereinigung verließen sodann mit Ausnahme einiger Vorposten den Saal. In der weiteren Aussprache sprachen sodann noch Stadtdr. Köppler (Dem.), Müller-Würb (Soz.) und Stadtdr. Dümas (Soz.). Letztere polemisierten gegen die Ausführungen des Stadtdr. Weidert und traten für die sozialdemokratischen Anträge ein, die sodann beschlossen wurden.

Nachdem die letzten beiden Redner gesprochen, kam gegen 8 Uhr wiederum der Antrag auf Vertagung, und zwar vom Stadtdr. Breitkopf (D.N.). Der Antrag fand aber wiederum Ablehnung, aber das Zentrum verließ den Saal, wodurch das Haus beschlußfähig war und die Sitzung auf Dienstag vertagt werden mußte.

## Aus dem Lande

### Durlach

Die neugegründete Frauen- und Mädchenchor-Abteilung des Sängerbund „Vorwärts“ hält am Dienstag, 20. Januar, abends punkt 8 Uhr, im Vereinslokal zum „Lamm“ unter der Leitung des altbewährten Dirigenten Herrn W. Effler die erste Singstunde ab. Alle Sängertinnen und -solche, die es werden wollen, werden gebeten, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

### Bruchsal

Silberne Hochzeit. Der Hilfsarbeiter J. Meier, ein Abkomme unseres Volkes, beging dieser Tage das Fest der silbernen Hochzeit. Neben verschiedenen anderen Beglückwünschungen erhielt Meier von der Firma H. K. W. Schürler & Co. ein namhaftes Geldgeschenk, außerdem wurde ihm die ausgefallene Zeit vergütet. Wir wünschen uns den Glückwünschen an.

### Aus dem Albta

Esslingen. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute abend 8 Uhr in der „Krone“ außerordentliche Generalversammlung. Die Delegierten berichten über den Gantag in Karlsruhe. Nach Erledigung des Geschäftlichen ist gemächliches Zusammensein.

Arbeiterwohlfahrt. Morgen Sonntag abend halb 8 Uhr in der „Krone“ Familienabend. Ein zahlreicher Besuch von Seiten der Arbeiterchaft wird erwartet.

### Baden-Baden

Nachmal: Eine Kull. Von unserm Parteigenossen Julius Sulzer, der sich als Verfasser des von uns unter vorstehender Ueberschrift kürzlich veröffentlichten Artikels bekennt, geht uns mit dem Ersuchen um Veröffentlichung folgende Erklärung zu: „Ich habe mich durch nachträglich erfolgte eingehende Mitteilung überzeugt, daß die mir von einer bestimmten Seite gemachten Mitteilungen auf einseitigen Nachrichten beruhten und einer nicht ganz einwandfreien Natur entsprungen sind. Solcher Beweggründe, die abweis der Wahrnehmung berechtigter Interessen liegen, zu einem Erfolg zu verheißten, lag und liegt mir fern. Mit meinen Parteifreunden stimme ich deshalb darin überein, daß den Absichten, den Rücksichtbewußtsein, wie auch der Amtsführung des Angegriffenen in den genannten Ausführungen mangels zureichender Information schweres Unrecht geschehen ist. Eine persönliche Klärung des Angegriffenen war nicht beabsichtigt.“ Julius Sulzer.

Mit dieser Erklärung unseres Gen. Sulzer dürfte nun die Angelegenheit, die so viel Staub aufgewirbelt hat, aus der Welt geschafft sein. Für uns als Redaktion bleibt nur noch übrig, festzustellen, daß wir unsererseits bedauern, daß unser Mitarbeiter in einer die erste Pflicht und Aufgabe seines Amtes als Berichtserstatler außer acht lassenden Weise gehandelt hat. Wir haben nicht die Möglichkeit, alle uns von außerhalb zugehenden Meldungen genau zu prüfen, die Reichheit im Zeitungsbetriebe läßt dies oft auch gar nicht zu; wir müssen uns unbedingt auf unsere auswärtigen Korrespondenten verlassen. Gen. J. Sulzer hat nicht nur sich, sondern auch uns einen schlechten Dienst erwiesen, indem er jenen Artikel ohne nähere Nachprüfung der Oeffentlichkeit versetzte, und dadurch auch der Partei in Baden-Baden nicht geringe Schwierigkeiten brachte. Wir sind genötigt, die Statuten aus diesem Vorkommnis zu ziehen, so sehr wir auch die Dienste schätzen, die Gen. Sulzer als Mitarbeiter uns bisher geleistet hat.

### Bühl

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Montag, 19. Januar, abends 8 Uhr, findet im „Grünen Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. Da außer der Berichtserstattung von der Gaukonferenz noch einige weitere wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen der Mitglieder gebeten. Das Erscheinen der eingeleiteten Kameraden ist besonders erwünscht.

Bewerkschaftsarbeit. Die Delegierten werden dringend gebeten, nächsten Freitag, 23. Januar, sich zu einer Versammlung im „Grünen Hof“ abends 6 Uhr, einzufinden. Tagesordnung: Aufstellung der Reuewahl? — Kollegen! Befehnt euch eurer Pflicht als freigewerkschaftliche Arbeiter. Eorgt in den Betrieben, daß die Delegierten zu dieser Versammlung erscheinen. Auch die Delegierten der Betriebe, deren Verlegung die Delegationsen abtrümmelt wurde, haben unbedingt zu erscheinen. Ebenso sind die Betriebsräte sämtlicher Betriebe dazu eingeladen. Der Ortsausschuß.

Bürgerausschuß. In der ersten Bürgerausschußsitzung im neuen Jahre teilte Bürgermeister Dr. Grüniger, über die Ursache des plötzlichen Verschwindens des Reichsleiters Reichels befragt, mit, daß sich in der von ihm geführten Erwerbslosenfürsorgekasse ein Defizit von 2100 M vorzufinden habe. Die Gemeinde habe jedoch keinerlei finanziellen Schaden erlitten. — Die Vorlage über die Gewährung eines Zuschusses an den Kreis Baden zur Erbauung einer Kreiswinterschule wurde zurückgezogen. Dasselbe soll alles aufgeboden werden, um die Schule in Bühl zu erhalten.

## Letzte Nachrichten

### Die Lage in Italien

Rom, 17. Jan. (Eigener Bureaudienst.) In der Freitag-Sitzung der Kammer antwortete der Innenminister Feder Joni auf die vorhergegangenen scharfen Angriffe Orlando's, er habe



die Verfassung nicht verletzt, er habe nur das gleiche wie Orlando während des Krieges getan, weil die Lage jetzt ebenfalls sehr gespannt sei. Es fiel allgemein auf, daß die Rede des Innenministers keinen ausgesprochen faschistischen Charakter trug. Mussolini fing während der Rede an nervös zu werden. Im Anschluß daran nahm Giolitti das Wort zur Begründung seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Wahlgesetz. Noch niemals habe die Kammer ein Gesetz unter solch außerordentlichen Umständen durchberaten wie es jetzt der Fall sei. Solange der jetzige Zustand herrsche, sei es undenkbar, Neuwahlen auszuschreiben. Salandra ließ infolge seiner Erkrankung seinen ablehnenden Standpunkt durch die amtliche römische Agentur verbreiten. Die Abstimmung ergab schließlich ein Votum mit 307 Stimmen für Mussolini und 83 gegen ihn. Außer der linken Opposition fehlten in dieser Sitzung auch die Kommunisten.

### Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost

Berlin, 16. Jan. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat heute zu einer Sitzung zusammen. Reichspostminister Stinagl benutzte die Gelegenheit, um sich den Kammerherren vorzustellen. In seiner Ansprache betonte er zunächst, daß er sich trotz

gewichtiger Bedenken persönlicher Natur entschlossen habe, dem dringenden Ersuchen des Reichstanzlers stattzugeben, wieder in den aktiven Dienst zurückzutreten, da es in der gegenwärtigen Zeit Pflicht eines jeden treuen Deutschen sei, Opfer zu bringen. Er fuhr dann fort: Tiefe Sorgen und harter Druck lagerten auf dem deutschen Vaterland; dazu drohten beängstigende Schatten seit Wochen, die auch die Postverwaltung gezeichnet hätten, doch er dürfe gottlob der absoluten Überzeugung sein, daß sich kein treffender Rat an dem blauen Schild der Beamtenhaft und des Rationalis des Postministeriums gefehlt habe. Der Minister ging dann kurz auf die im allgemeinen erfreuliche Entwicklung der Verwaltung ein, betonte aber, daß noch sehr viel aus der schmerzlichen und nachkriegszeit zur Vervollständigung des Betriebs nachzuholen sei, daß sowohl höhere Besoldung des Personals als auch Ermäßigung der Tarife zu erstreben seien. Doch aber sei schon so außerordentlich Erfreuliches erreicht worden, wie er im glänzenden Zeugnis für die durch das Reichspostfinanzgesetz geschaffenen Einrichtungen. Nach einer zusammenfassenden Darstellung des Ministerialdirektors Klauke über die allgemeine Geldwirtschaft und über die Kreditgewährung an Darmat setzte der Verwaltungsrat einen Ausschuss ein zur Untersuchung der Kreditgeschäfte der Deutschen Reichspost im letzten Jahre.

**Bereinsanzeiger** (Preis 20 Pf. bis 25 Pf.)  
 (Anzeigenpreise sind unter dieser Rubrik in der Regel festzusetzen, oder werden zum Reflektationspreis berechnet.)

Durlach. (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.) Sonntag dor- mittag Ausmarsch. Aufzügen sämtlicher Mannschaften 1/2 9 Uhr am Schloßplatz.

Der heutigen Nummer des „Volksfreund“ ist die achtsseitige Bilderbeilage „Volk und Zeit“ der 3. Woche beigegeben.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Gustav Kammerer, Landwirt, 88 Jahre alt. Eilfriede, Vater Otto Fint, Handelslehrer. Johanna Stier, alt 43 Jahre, Postsekretärin. Katharina Fuchs, alt 66 Jahre, Ehefrau von Josef Fuchs, Landwirt. Magdalena Burkhart, alt 55 Jahre, Witwe von Johann Burkhart, Werkmeister. Theodor Schmidt, Privatmann, alt 81 Jahre. Ingeborg, alt 2 Monate, Vater Donald Seelig, Schlosser.

Unser grosser

# Inventur- Ausverkauf

beginnt

## Montag, 19. Januar 1925

Neue Preise —  
aber  
die guten alten  
Qualitäten

# Guggenheim & Co.

Gaggenau.

**Badisches  
Landestheater**

Samstag, den 17. Januar 1925, 7 bis nach 1/11 Uhr. außer Ab-  
 theater-Gemeinde Nr. 4801-5000 und 1. Sondergruppe. (4.50 RM),  
 Reineinsubiert:  
**König Richard der Dritte**  
 Drama von Schopenhauer. 288

Sonntag, den 18. Januar 1925, 6 1/2 bis nach 1/10 Uhr. K 14.  
 Theater-Gemeinde Nr. 4001-4500, 5001-5100. (7.— RM.)  
 Unter musikal. Leitung des Generalmusikdirektors Ferd. Wagner-Rürnberg  
**Fidelio.**

IM KONZERTHAUS  
 7 bis gegen 1/10 Uhr. (2.80 RM.)  
**Siebfrauenmilch.**

**Winschermann**  
 G. m. b. H.  
**KARLSRUHE i. B.**  
 Kohlen-Groß- und Kleinhandlung  
**Rheinrederei**  
 Große Lagerplätze mit den modernsten Auslade-  
 Vorrichtungen. Bezugsquelle erstklassiger Brenn-  
 stoffe aller Produktionsgebiete

**Zentralheizungskoks**  
 Nuß- und Stückkohlen. Fettschrot

**Langenbrahm-  
Anthracitkohlen**

Braunkohlen-Briketts Eiform-Briketts  
 Steinkohlen-Briketts Grudekoks  
**Brennholz**

werden von uns in jedem Quantum zu billigsten  
 Preisen prompt mit  
**eigenem Fuhr- und Lastkraftwagenpark**  
 geliefert.  
 Büroräume: Stefanienstraße 84, am Kaiserplatz  
 Fernsprech-Anschlüsse Nr. 815, 816 und 817.

**Drucksachen** Buchdruckerei „Volksfreund“

**Alte Brauerei Hoepfner**  
 Kaiserstraße 14

Samstag, 17. Januar von 8 Uhr ab  
 Sonntag, 18. Januar von 6 Uhr ab

### Unterhaltungskonzert

verbunden mit großem  
**ff. Doppel-Vox-Vier-Kummel.**  
 Spezialität:  
 Münchener Vorkwürke. Schlachtplatten.  
 hausgemachte Würstchen,  
 sowie reichhaltige Abendträte.  
 Es laßt sich ein  
 Otto Deckerlin, Wirt und Metzger. 772

**Verein der Japanengartenpächter  
 Karlsruhe e. V.**

Am Montag, den 19. Januar 1925, abends  
 8 Uhr, in der „Krone“, Rintheimer Straße

### Vortrag

des Herrn diplom. Landwirt Solinöti  
 Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
 Der Vorstand.  
 Bis 1. Februar nicht eingelöste Gärten (Pacht-  
 verträge) werden weiter vergeben. 773

**Schlafzimmer-Bilder**  
 preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmung  
 Schlafers Anstalt, Kaiserstraße 28, 4613

**Verleibungsarbeiter-Verband**  
 Filiale Karlsruhe.

**Todes-Anzeige.**  
 Unseren Kollegen und Kolleginnen die  
 traurige Mitteilung, daß unser langjähriges  
 Mitglied Kollege

**Anton Clemens**  
 nach kurzem schwerem Leiden unerwartet  
 schnell verschieden ist.  
 Um zahlreiche Teilnahme an der Be-  
 erdigung wird ersucht

**Die Erbsverwaltung.**  
 Beerdigungszeit: Montag 2 1/2 Uhr.

**LASSALLIA**  
 KARLSRUHE  
 1895

Unsere Mitglieder hiermit die traurige  
 Mitteilung, daß unser langjähriges aktives  
 Mitglied

**Anton Clemens**  
 uns durch den Tod entrissen wurde. Die  
 Beerdigung findet Montag nachmittags  
 1/3 Uhr von der Friedhofstafel aus  
 statt. Die Sänge treffen sich 2 Uhr am  
 Friedhofeingang. Um zahlreiche Betei-  
 ligung bitten. Die Verwaltung. 770

**Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.**

Von dem Hinscheiden unseres wertten Genossen

### Anton Clemens

Schneider

geben wir unsern Mitgliedern hierdurch  
 Kenntnis. Die Beerdigung findet Mon-  
 tag, 19. Januar, nachmittags 1/3 Uhr  
 statt und ersuchen wir um zahlreiche Be-  
 teiligung. Der Vorstand. 770

**Todes-Anzeige.**  
 Heute nachmittags 1 1/2 Uhr ver-  
 schied nach kurzer schwerer Krank-  
 heit mein lieber Mann, unser guter  
 Vater, Bruder, Schwager und Onkel

**Anton Clemens**  
 Schneider.

Karlsruhe, den 16. Januar 1925.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag  
 nachmittags 1/3 Uhr von der Friedhof-  
 kapelle aus statt. 766  
 Trauerhaus: Zähringerstr. 60 b II.

**Trauerhüte**  
 in jeder Preislage stets vorrätig  
**S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.**

### Trauerbriefe

liefert schnell und billig die Buchdruckerei „Volks-  
 freund“, Luffenstraße 24. — Telefon Nr. 128



**Pfannkuch**  
**Burkhard-**  
**Brot**

ist vielen Magenleidenden längst eine gesunde Nahrung und wird noch vielen Besserung und Beförderung bringen.

Loib ca. 800 gr  
**52** Pfg.

Su haben in unseren sämtlich. Filialen. 749

**Pfannkuch**

Grammophone von 55 Mk. an  
Standapparate von 140 Mk. an.  
Teillzahlung ohne Preisaufschlag  
Pianohaus  
**G. Kunz**  
Kronenstr. 10.

# persil bleibt persil

das vollendete Waschmittel höchster Güte und Ergiebigkeit

die gute alte  
**SPORT**  
der  
**OESTERR. TABAKREGIE**  
3Pfg ist wieder da 3Pfg

Generalvertretung für: Württemberg, Mittel- u. Süd-Baden und Rheinpfalz  
**Stuttgart, Gymnasiumstraße 14 a u. b., Fernruf 23601.**

Druckmaschinen aller Art liefert  
Dachbrand, Volkstempel

Das Postamt Karlsruhe beordert versiegelt aus den Abteilungen II 20 a, c, 23, 31, 32, 33 b, 34 bis IV, 4 des Staatswalbes Hardwald am Donnerstag, den 22. Januar 1925, vormittags 8 1/2 Uhr in der Krone in Badfeld; 3 Bannungen II, 51 Bannungen, 15 Bannungen III, IV, 30 Bannungen, 289 Ester eiden, 146 Ester forlen Brennholz. Das Brennholz ist für Bäder geeignet. Fortschritt Berg im Jägerhaus und Förster 2. Weg im Jägerhaus zeigen das Holz vor.

Sämtliche  
**Farben.Lacke etc.**  
gebrauchsfertig für Anstriche aller Art, vorteilhaft im Farbenhaus  
Waldstr. 15, b. Colosseum

**Staatslotterie!**  
Vom 6. - 28. Febr. wird täglich die Haupt- und Schlussklasse der  
**24./250.**

**Preuss. Südd. Klassenlotterie** gezogen. Es werden 74 000 Gewinne mit insgesamt über  
**16 Millionen Reichsmark** ausgelost; darunter befinden sich  
**16 Gewinn** im günstigsten Fall **1 million R. M.**

1 Gewinn	zu	500 000.—	R.-M.
1	"	300 000.—	"
1	"	200 000.—	"
1	"	150 000.—	"
2	"	100 000.—	"
3	"	75 000.—	"
6	"	50 000.—	"
10	"	25 000.—	"
20	"	10 000.—	"

und viele zu 5000.—, 3000.—, 2000.— u. s. w.

**Jedes dritte Los gewinnt.**  
Ich habe noch eine Anzahl Kauflose zum Preise von

120.— 60.— 30.— 15.— R.-M.  
abzugeben. Da die meisten Lotterielosnahmen ausverkauft sind und meine wenigen Lose rasch vergriffen sein werden, ist schneller Entschluss erforderlich.  
Ein rasches Zuziehen kann Sie in wenigen Wochen zum Wohlstand bringen.

Meine beiden Geschäfte sind an allen Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends ununterbrochen geöffnet.

**Zwerg vorm. Götz**  
bad Lotterie-Einnehmer  
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38  
Tel. 4828, Postscheckkonto 17808

**Besuchen Sie**  
bitte in Ihrem eigenen Interesse das

## Baubund-Möbelhaus

Karl-Friedrichstraße 22, am Rondellplatz.

Durch Großeinkäufe für unsere sämtlichen Zweigstellen in Baden bieten wir unserer werten Kundschaft aussergewöhnliche Vorteile beim Einkauf durch grösste Auswahl

**Billigste Preise! Grösste Zahlungserleichterungen!**

Lassen Sie sich vor jedem Möbeleinkauf von uns kostenlos beraten!

## Baubund-Möbelhaus

Bad. Baubund, G. m. b. H.  
Karl-Friedrichstr. 22 (Rondellpl.), Fernruf 5157

### Umlernen

muß jede Hausfrau, die noch immer der Meinung ist, es genüge schlechtweg jede Cichorienforte als Kaffeezusatz. Zur Erlangung eines kräftig und wirklich gut schmeckenden Kaffeegetränks muß Voelker Perl verwendet werden. Viele kluge Hausfrauen tun dies schon lange.

### Gutscheine der Erwerbslosen-Fürsorge

werden bei den  
**„KOLA“**  
Mitgliedern  
erkenntl. durch Mitgliedschild eingelöst.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in feinen Solinger Stahlwaren wie Taschenmesser, Tischbestecke, Scheren, Alpacubestecke und meine  
**1a Rasiermesser**  
eigener Fabrikation, sämtliche  
**Rasierutensilien.**  
H. Tintelott, Rasiermesserhochschleifer  
Amalienstr. 43 Tel. 4182

Für Hasen - Kanin - Rehe Füchse - Marder - Iltis Wiesel - Dachse etc. zahlt real und die höchsten Preise  
**Felle**  
Gross-Kürschner  
**Wilh. Zeumer**  
Kaiserstrasse 125/27.

### Durlacher Anzeigen.

**Einfuhrgebühren für Gefrierfleisch.**  
Der gemischte beschließende Ausschuss hat in seiner Sitzung vom 15. Dezember d. J. beschlossen, für das nach Durlach einzuführende Fleisch (Rind- oder Gefrierfleisch) eine Nachschubgebühr von 4 Pfg. pro kg zu erheben.  
Die Nachschau und der Eingang der Gefähren erfolgt durch die Fleischbeschauer, bei denen auch die Anmeldung zu erfolgen hat.  
Durlach, den 9. Januar 1925.  
Der Oberbürgermeister.

**Kartoffel-Verkauf!**  
Som Freitag, den 19. bis inkl. Donnerstag, den 22. d. Mts., jeweils vormittags von 9-12 und nachmittags von 1-3 Uhr geben wir, soweit Vorrat ausreicht, ab Keller Schillerstraße (Hauptstraße) an Jedermann gute, ausgeleiene Kartoffeln gegen Barzahlung zum Preise von Mk. 3.50 je Zentner ab. Wiederverkauf ist vorläufig ausgeschlossen.  
Durlach, den 14. Januar 1925.  
Stadt. Fürstengamt.

**Brennholzabgabe.**  
Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wir unseren Holzbestand an Brennholz in der Zeit vom 20.-30. d. Mts. zur Ausgabe bringen.  
Abgabestelle: Stadt. Gaswerk  
Preis je Zentner 1.50  
Wiederverkauf ist vorläufig ausgeschlossen.  
Durlach, den 14. Januar 1925.  
Stadt. Fürstengamt.

**Homöopathischer Verein Durlach**  
Sonntag, 18. Januar, mittags 3 Uhr im Gasthaus „Zum Wägel“ 100  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung wird im Detail bekanntgegeben.  
Alle Mitglieder sind freundlichst eingeladen.  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Bildungsverein G.V.**  
Samstag, 24. Januar, abends 8 Uhr 700  
**ordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung hängt im Vereinslokal aus. 700  
Der Vorstand.  
**In 30 Minuten Ihr Passbild**  
zur im Photogr. Atelier Ralierstr. 50, Eing. Oberstr.  
**Felle-Haare!**  
Hoh-, Doh-, Schweins-, haare, Menschenhaare, Ratthaare, Manikürstiele, Stuhl- u. Feldstiele, Fettfedern, alt und neu, samt jedes Quantum 751  
**J. Cupolianski**  
3ährigerstraße 29 II.



Es liegt klar auf der Hand  
dass man durch den Bezug direkt aus der Fabrik am besten und billigsten kauft. Unsere reichhaltige Musterkollektion mit Neuheiten in Herren- und Damenkleider-Stoffen senden wir auf Verlangen sofort franco. Tausende Bestellungen schreiben aus allen Teilen Deutschlands.  
Lehmann & Assmy, Spremberg (L.) 51  
älteste Tuchfabrik Deutschlands, walo ihre Fabrikate an jeden Privatmann versenden.

**Liföre halb so teuer**  
wenn Sie, wie schon Ihre Eltern und Großeltern so taten, sich ihre Schnäpse mit den echten Reichel-Glängen selbst brauen. Sie können sich dann neben, auch den köstlichen Wädel leisten und in vollen Zügen genießen. Machen Sie keine neuen riskanten Verläufe. Nehmen Sie auf „Reichel-Essenzen“, die allberühmte Marke, die vollwertige Qualität und gutes Gelingen verbürgt. Erhältlich in Drogerien und Apotheken. Dr. Reichel's Respektbühnen befehlumlos, oder kostenfrei durch Otto Reichel, Berlin, Bd. 50, Eisenbahn-Straße 4  
Reichel-Essenzen - Die Marke der Kenner.





GESANGVEREIN 'TYPOGRAPHIA'

Samstag, den 24. Januar 1925, in den festlich erleuchteten und dekorierten Räumen der Stadt Festhalle

MASKENBALL unter dem Motto: Eine Nacht in Ägypten

Zwei-Ballorchester: Musikverein, Leitung Musikdirektor H. Lüttger; 'Bad. Polizeimusiker', Leitung: Obermusikmeister J. Heisig

4 Herren- und 4 Damepreise

Ägypt. Likörstube, Tunnel: Schrammelmusik

Kinder unter 16 Jahren u. anstößige Kostüme keinen Zutritt... Mitgliederkarten am Donnerstag, 22. Jan., im 'Gold. Adler'

Mietervereinigung 'Kruhe'

Sprechstunden von 6-1/2 Uhr abends im 'Café Nowak', Ecke Stillingerstr. u. Nowak-Anlage

General-Versammlung

Sonntag, den 1. Februar 1925, vorm. 10 Uhr, im 'Kaffee Nowak', Stillingerstraße

- Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Neuwahlen, 3. Beratung eingelaufener Anträge, 4. Aussprache über die Frage: 'Warum kann nicht gebaut werden?'

Anträge, welche zur Beratung kommen sollen, müssen längstens bis Freitag, 30. Januar, abends, in der Geschäftsstelle Morgenstraße 51, eingelaufen sein.

Wir laden unsere Mitglieder zum Besuch der Generalversammlung mit der Bitte, zahlreich zu erscheinen, höflich ein.

Der Vorstand, J. A. H. Heise



Gold. Medaille! Bad. Staatspreis!

Unser wirklich kräftig eingebranntes Friedens-Starkbier,

das dem Salvator ebenbürtig, den Bockbieren etc. weit überlegen, gelangt am 16. Januar zum Ausstoss!

Ratsherrn-Bräu ist in allen Restaurants, Wirtschaften und Flaschenbiergeschäften mit dem bekannten Ratsherrnschild zu haben.

Auf zu den lustigen Maschinenbaure!!!

Arbeiter-Gesang-Verein Maschinenbauer 'Sängertranz' / A. Mühlburg

Großer Maskenball

verbunden mit Schloßbesichtigung, Beschäftigung des Bremer Hafens und anderen Sehenswürdigkeiten. Eintrittspreis für Mitglieder 50 Pf.

Sozialdemokrat. Partei Karlsruhe

Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Gartenhof des 'Friedrichshof'

Haupt-Versammlung

- Tagesordnung: 1. Reichstagswahl-Vorschau, 2. Bericht des Genossen Minister Kemmerle: 'Reichstag und Republik'

Erster Karlsruher Verein für Kanarienzucht mit Vogelschutz u. Pflege G. B.

Unser 25 jähriges Stiftungs-Jubiläum nicht wie in der gewöhnlichen Ausgabe irrtümlich gehalten: am Sonntag, sondern am Samstag, abends 1/2 8 Uhr statt.

Freie Spielvereinigung Baden-Pfalz, X. Kreis (Hochschulsportplatz Fasanengarten).

Kreismeisterschaftsspiel

II. Bezirk: Sportvereinigung Neuhofen I. — III. Bezirk: Freie Turner Aue I.

Advertisement for Friedrichshof featuring 2 Music Capellen on Sunday, 18. January, at 7 Uhr.

Advertisement for 'Burghof' featuring a concert by Karl Wilhelmstr. 50 on Sunday afternoon.

Advertisement for Manchester featuring a bedspread for 3.20.

Advertisement for Bettuchbiber featuring a bedspread for 2.50.

Advertisement for Bettücher featuring a bedsheet for 3.80.

Advertisement for freireligiöse Gemeinde featuring a Sunday service on 18. January.

Advertisement for 5 Mark täglich Nebenverdienst featuring a typewriter repair service.

Advertisement for Metallbetten featuring a bed for 100 Mk.

Advertisement for Union-Theater featuring the film 'Komödie des Herzens' and 'Die Heimat ruft...'

Advertisement for Schlafdecken, Jacquarddecken, Kamelhaardecken.

Advertisement for Arthur Baer, Kaiserstr. 133, featuring a variety program.

Advertisement for COLOSSEUM featuring a variety program.

Advertisement for Palast-Sichtspiele featuring the play 'Die Herrin der Luft' and 'Fix und Fax als Kindermädchen'.